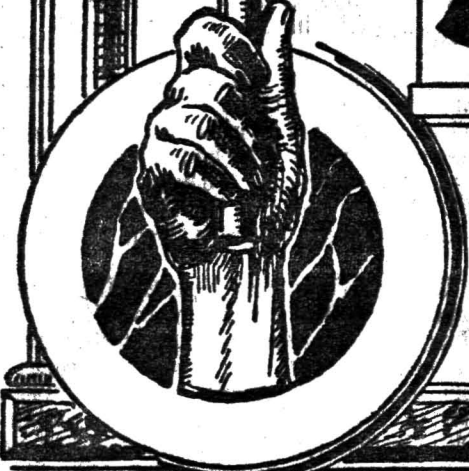


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 6. Februar 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Leipzig. Im hiesigen Hydrogandsteinwerk stehen die Steinmengen in einer Lohnbewegung.

Meißen. Granitarbeiter. Infolge fortwährender Lohnstreitigkeiten bei der Firma Köhler und trotz annoncierten in auswärtigen Blättern werden die Kollegen aufgefordert, Meißen soviel als möglich zu meiden.

Dresden. Sämtliche Beschäftigte bei der Firma Stein stehen im Streik.

Zur Delegiertenwahl.

Jedes Mitglied, so möchte man meinen, müßte an der Delegiertenwahl das größte Interesse haben, um seine Stimme in die Waagschale zu werfen und auf die Zusammenfassung der Generalversammlung einen Einfluß auszuüben. Das scheint aber nicht so zu sein; denn bis jetzt sind noch nicht einmal alle Vorschläge der Kandidaten, die zur Wahl gestellt werden sollen, eingegangen.

Das ist ein beschämendes Zeichen!

In der Nummer 3 des Steinarbeiter heißt es ausdrücklich:

Es haben sich die Zahlstellen nun gegenseitig über die Vorschläge zu verständigen und zur Veröffentlichung die Namen der Vorgesetzten bis zum 1. Februar 1904 einzuwenden. Spätere Vorschläge werden nicht mehr berücksichtigt.

Ein Blick auf die veröffentlichte Tagesordnung müßte genügen, um das größte Interesse an der ersten Generalversammlung wahrzurufen. Die bisherigen Versammlungsberichte aber lassen ersehen, daß man sich mit der Tagesordnung leider noch sehr wenig beschäftigt hat. Die zu wählenden Delegierten werden sich wohl bewußt sein, daß alle eventuell zu stellenden Anträge auch — zuvor — in den Mitgliederversammlungen eingehend erörtert und von allen Seiten beleuchtet werden sollen, damit eine überstürzte und unsere Organisation schädigende Beschlußfassung vermieden wird.

Es sind ferner die gemachten Erfahrungen auszutauschen über die Taktik bei den Streiks und Lohnbewegungen, desgleichen über die sich notwendig machende Agitation. Im Verbandsrat sind Verbesserungen angebracht, die Mitglieder werden ebenfalls das Bedürfnis haben, einige Paragraphen eingeschaltet zu wissen oder bei den vorhandenen etwaigen Umländerungen zu beantragen.

Desgleichen wird das Kapitel Arbeiterschutz resp. Bundesratsverordnung eingehend gewürdigt werden, denn es stellt sich die unzulängliche Durchführung des Gesetzes immer mehr heraus.

Wir werden ja an dieser Stelle die Tagesordnung noch besprechen, so daß es mit diesem kurzen Hinweis genügen dürfte.

Also wichtige Aufgaben sind der heurigen Generalversammlung gestellt, und diese Aufgaben erfordern Männer, die nicht mit vorgefaßter Meinung oder abgefaßtem Urteil zur Generalversammlung erscheinen, nur um ihre Stimme dort abzugeben, sondern die alles prüfen und das Beste wählen.

Jedes organisierte Mitglied hat deshalb auch die Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die „Begehrlichkeit“ der Arbeits-Invaliden.

Gerade noch zur rechten Zeit kommt der Leipziger Volkszeitung ein Dokument zugeflogen, um bei den sozialpolitischen Debatten im Reichstag die vielgerühmte deutsche Sozialreform zu illustrieren. Das Schriftstück ist ein Erlaß der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe an die

Bezirksämter, die aufgefordert werden, den Anträgen auf Erteilung der Invalidenrente möglichst große Schwierigkeiten zu machen. Hier ist das für unsere Sozialreform charakteristische Schreiben im Auszuge:

Landesversicherungsanstalt Baden.
Invalidenversicherung.

Karlsruhe, 26. Oktober 1903.
Kaiserallee 8

Nr. I 11405. Das Anwachsen der Invalidenrenten betreffend. Wir müssen darauf aufmerksam machen, daß die Invalidenrenten in ganz unerwarteter Weise anwachsen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß einerseits die Begehrlichkeit der Versicherten, andererseits die Uebertreibung des Fürsorgebetreibens dazu führen, viele ungerechtfertigte Renten zu bewilligen.

(Folgt ein Zitat aus der Klage eines Schiedsgerichtsvorsitzenden über die „Lügen“ und „Uebertreibungen“ der Versicherter, die Renten erlangen wollen. Komp. 1903, Seite 181.) Dann fährt der Erlaß fort:

Das auffallende Anwachsen der Renten hat bei einigen andern Versicherungsanstalten dahin geführt, daß Kommissäre des Herrn Reichskanzlers und des Reichsversicherungsamtes die Verhältnisse an Ort und Stelle einer Prüfung unterzogen. Es berichtet darüber die Landesversicherungsanstalt Hesse-Nassau in Kassel. . . . Die Kommissäre hatten 194 Invalidenrentenempfänger untersucht, davon 81 als überhaupt nicht, oder als nicht mehr invalide gefunden und auf Grund ihrer Wahrnehmung ausgesprochen, daß seitens der unteren Verwaltungsbehörden und seitens der praktischen Ärzte vielfach das Gesetz nicht richtig gehandhabt sei, während allerdings die Versicherungsanstalt auf Grund des Aktieninhalts zur Bewilligung der Renten kommen müssen.

Vielfache Wahrnehmungen in verschiedenen Bezirken des Landes begründen für uns die Ueberzeugung, daß bei uns dieselben oder noch größere Mißstände vorliegen. . . .

Der Schwerpunkt für die Beurteilung liegt in dem Begriff „Erwerbsunfähigkeit“. Es wird nicht immer mit der nötigen Strenge geprüft, ob der Antragsteller noch tatsächlich in der Lage ist, durch geeignete Arbeit wenigstens ein Drittel des Verdienstes eines gleichartigen, gefunden Lohnarbeiters zu erlangen. (§ 5 Absatz 4 des Gesetzes.) Bei der Beurteilung wird offenbar zu viel Gewicht auf die medizinische Beurteilung und zu wenig auf die tatsächlichen Verhältnisse gelegt. Die tatsächliche Arbeit wird zuverlässig festzustellen sein. Oft ziehen sich ohne bringenden Grund kleine Landwirte, Frauen usw. auf ihre eignen Geschäfte zurück und suchen dann die Rente zu erlangen. Wer aber fähig ist, für sich selbst landwirtschaftliche Arbeiten, Hausgeschäfte usw. zu erledigen, wird meist auch durch Lohnarbeit ein Drittel des normalen Verdienstes zu erreichen fähig sein.

Bei den Feststellungen der tatsächlichen Verhältnisse muß beachtet werden, daß die Gemeindebehörden, die Arbeitgeber und die Mitarbeiter vielfach in ihren Aussagen sehr befangen und von dem Bestreben geleitet sind, zur Rente zu verhelfen. Es werden Renten befürwortet, auch wenn das genannte Drittel tatsächlich noch erreicht wird und es wird dabei viel zu viel auf die Behauptung geachtet, daß nur aus „Guttat“, aus besonderem Wohlwollen und dergl. Arbeitsgelegenheit gegeben sei; es wird dies sogar nicht selten bei Affordbarkeit angenommen, wo doch nur die wirklich geleistete und brauchbare Arbeit bezahlt und die Guttat u. dergl. nur sehr beschränkt wirksam wird.

Sodann aber muß bezüglich der ärztlichen Zeugnisse verlangt werden, daß der Stand der Krankheit unter Angabe aller einzelnen Symptome so festgestellt wird, daß auch die unteren Verwaltungsbehörden, die Richter und wir selbst die Möglichkeit haben, ein Urteil über die Invalidität zu bilden und den wirklichen Einfluß vorhandener Gebrechen auf die Erwerbsfähigkeit richtig zu schätzen. Die genaue Feststellung ist auch nötig, damit in späterer Zeit eine Veränderung dieses Standes ermittelt werden kann. Dies ist zurzeit meist nicht möglich, weil die ersten Zeugnisse zu allgemein gehalten sind. Die Folge davon ist, daß die Entziehung der Renten außerordentlich erschwert ist. . . .

Durch alle diese Mißstände wird nicht nur die Finanzlage der Versicherungsanstalt Baden . . . ganz erheblich geschädigt, es werden auch die Versicherten, Gemeindebehörden, Arbeitgeber usw. geradezu demoralisiert, indem sie die Meinung gewinnen, man könne mit allerlei Manipulationen auch zu Unrecht Renten gewinnen. . . .

Wir möchten ganz ergebenst bitten, daß unbeschadet des wohlwollenden Vollauges des Gesetzes, dem Mißbrauch des Gesetzes gesteuert werde. Wir zweifeln nicht daran, daß die Vertreter der Arbeitgeber, ebenso wie die der Versicherten gern bereit sein werden, mitzuwirken und Mißbrauch auszuschießen und ersuchen Sie, diesen Vertretern unser gegenwärtiges Rundschreiben zur Kenntnis bringen zu wollen. Die Anlage (offenbar eine Instruktion im gleichen Sinne wie vorstehender Erlaß. Die Red.) wolle dem Großh. Herrn Bezirksarzt mitgeteilt werden.

Der Vorstand: Rasina.

Siedl.

„Deutschland in der Welt voran!“ deklamierte der Reichskanzler vor den preussischen Herrenhäuslern. Ja, gewiß! Deutschland in der Welt voran mit der skandalösen Unzulänglichkeit seiner marktchreierisch gepriesenen Sozialreform!

Die Redaktion des Steinarbeiter und der Pflastersteinzoll.

Der Direktor des Granitwerks Steinerne Renne in Gasserode (Harz) schreibt uns folgendes:

Sie haben in der Nummer 2 des Steinarbeiter eine Kritik an meinen Ausführungen in der Sitzung des Handelsvertragsvereins am 15. Dezember v. J. geübt, die mich veranlaßt, Sie zu bitten, mir an gleicher Stelle Gelegenheit zu einer Erwiderung zu geben. Ich glaube aus früherer Bekanntschaft mit Ihrem Herrn Redakteur vor demselben annehmen zu dürfen, daß er loyal genug ist, mir diese Bitte nicht zu verweigern. Zunächst stelle ich richtig, daß ich nicht Vertreter der Hartstein-Industriellen war, sondern daß ich lediglich zur Wahrung der Geschäftsinteressen unserer Gesellschaft an der Versammlung teilgenommen habe. Diese Interessen decken sich allerdings mit dem Interesse des größten Teils der Hartstein-Industrie. Es freut mich, daß Sie nichts anderes von mir erwartet haben, als daß ich für den Zoll eintrat, obgleich dieses Eintreten ja selbstverständlich war. (?) Sie sagen sodann, Sie hätten Ihren Augen nicht getraut, als ich die Behauptung aufgestellt, die Abgaben für soziale Fürsorge betrügen bei den Pflastersteinfabrikation zirka 8 Prozent vom Verkaufswerte. Wenn Sie sich die Mühe gegeben hätten, der Sache auf den Grund zu gehen, so würden Sie auch erstaunt gewesen sein über die Richtigkeit meiner Behauptung. Die Steinbruchberufsgenossenschaft wird Ihnen bestätigen, daß die Abgaben an sie für Granitpflasterer und Bürger schon 1902 über 4 Prozent des Lohnes betragen und 1903 mindestens 5 Prozent betragen werden. Ferner werden auf 24 Mt. Wochenlohn dieser Arbeiter 60 bis 75 Pfg. und mehr Beiträge der Geschäfte für Kranken- und Invaliditätsversicherung gezahlt, also auch zirka 3 Prozent, abgesehen von den besonderen Kosten bei Unfällen. Hierzu kommen die von uns unentgeltlich geleisteten Verwaltungskosten der Krankenkasse und die Markenkleberei nebst den damit verbundenen Arbeiten, die ebenfalls mindestens 1—2 Prozent ergeben, sowie die Verzinsung der durch die Bundesratsverordnung erforderlich gewordenen Anlagen und deren Unterhaltung, welche ebenfalls 1 bis 2 Prozent von der zu zahlenden Lohnsumme erfordert. Wenn Sie nun berücksichtigen, daß wir unsere Pflastersteine bisher mit Nutzen nicht verkaufen konnten und der ganze Wert fast ausschließlich in den Arbeitslöhnen steckt, so bin ich gespannt, was Sie jetzt noch gegen meine Behauptung sagen werden.

Sie sagen ferner, meine Behauptung, die deutschen Pflastersteinarbeiter seien zum Teil durch sozialdemokratische Segereien verführt, sei unqualifizierbar. Daß Sie selbst gegen den Pflastersteinzoll sind, geben Sie zu, daß Ihre Zeitung ein Organ der Steinarbeiter sein soll, steht am Kopfe derselben, daß Sie in sozialdemokratischem Jahrbuch segeln, beweist jede Nummer, also was ist an meiner Behauptung unqualifizierbar?

Wenn ich ferner von den in der Steinindustrie beschäftigten 100 000 Arbeitern sprach, so meine ich damit diejenige Zahl, die durch den Zoll berührt wird. Im ganzen werden in der deutschen Steinindustrie zirka 150 000 Leute beschäftigt. Da aber die Basalt- und Granitbrüche von dem Zoll Vorteil haben müssen (?), weil sich die Absatzgebiete erweitern werden, so habe ich wohl nicht zu viel gesagt, und es ist nur zu bedauern, daß Sie das nicht einsehen. (Auch jetzt noch nicht. Die Red.)

Es freut mich, daß Sie die Behauptung des Herrn Gothein nur bedingt gutheißen. Man hat daher auch wohlweilslich diese angebliche Keuherung des Grafen Posa-dowsky in dem offiziellen Protokoll nicht aufgenommen. Im übrigen ist dem Herrn Grafen Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern.

Was Sie zu der Anlage von Pflastersteinspalmaschinen sagen, interessiert mich auch sehr. Nicht weil ungenügender Zollsatz vorhanden ist, sondern weil die bisherige Produktionsweise keinen Gewinn ergab und weil wir keine an-

lässigen Pflastersteinarbeiter haben, fremde aber bei den lokalen Verhältnissen nicht genügend heranzuziehen sind, waren und sind Veranlassung zur Aufstellung der Maschinen. Sie können nun sagen, wir brauchen ja keine Pflastersteine zu machen. Abgesehen von zwingenden andern Gründen kann ich aber auch mit demselben Rechte sagen: Wir brauchen ja auch keine schwedischen Pflastersteine. Im übrigen wollen Sie sich mit dem Herrn Böllner auseinandersetzen, der in der Verammlung die Behauptung aufstellte, die deutschen Pflastersteinhauer könnten gar keine erstklassigen Pflastersteine fertigen. Daß wir die Maschinen nicht aufgestellt hätten, wenn das Geschäft ohne dies lohnend wäre und der Arbeitermangel nicht bestünde, glaube ich ruhig versichern zu können. Die Neuerung des Berliner Stadtbaurats ist natürlich Wasser auf Ihre Mühle. Daß aber schon vor acht Jahren die Pflastersteine so viel kosteten, wie sie jetzt mit dem Zoll kosten würden, scheint der Herr Baurat vergeblich zu haben. Außerdem hat das Asphaltpflaster auch seine Grenzen, namentlich bei schwerem Fuhrwerk und in Straßen mit Gefälle bzw. Steigung. Jedenfalls würden aber bei dem Zolle die Pflastersteine besser bezahlt, und es ist immer besser, bei geringem Umsatz einen entsprechenden Nutzen zu haben, als bei großem Umsatz ohne Nutzen zu arbeiten.

Granitpflastersteine werden endlich nicht in großen Mengen, sondern nur in einigen Grenzdistrikten von deutschen Firmen exportiert, und dieser Export würde vermutlich und hoffentlich wegfallen, wenn der Zoll zur Anrechnung kommt, da dann die deutschen Firmen ein erheblich größeres Absatzgebiet bekommen (das sehen wir Ihnen unten schon auseinander. Die Red.) und nicht mehr nötig haben, ins Ausland zu liefern. Die von Ihnen erwähnte Tatsache spricht also gerade für den Zoll. Uebrigens läßt sich auch bezüglich Oesterreich und der Schweiz auf andern Wege leicht ein billiger Ausgleich schaffen, der auch eher angebracht ist, als bei den uns ganz willkürlich behandelnden skandinavischen Staaten. Sie haben allerdings insofern recht, als wir die heimische Industrie in erster Linie schützen und heben wollen, und wenn wir auch nicht so sehr dabei interessiert wären, so wäre dieses Bestreben schon allein vom vaterländischen Standpunkte (?) aus anzuerkennen, aber dafür fehlt Ihnen wohl das Verständnis, sonst könnten Sie namens der deutschen Steinarbeiter nicht dagegen arbeiten wollen, das können Sie nur vom internationalen Standpunkte aus. Heute haben Sie aber die Berechtigung hierzu noch nicht.

Hochachtungsvoll

Moritz Klein.

Unsre Stellungnahme gegen den Pflastersteinzoll hat die Entrüstung der Unternehmer erweckt. Wie konnten wir uns nur erlauben, diese Frage so eingehend zu behandeln und gar einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Die Unternehmer sind der Meinung, diese Frage zu prüfen, sei ihre Sache, und um derartige wirtschaftliche Probleme hätten wir uns nicht zu bekümmern. Aber gerade die Pflastersteinarbeiter sind uns dankbar, daß wir Klärung über diesen Punkt brachten.

Wir sehen uns, nachdem Herr Klein eine Ranze für den Zoll bricht und an unsern Ausführungen in der Nr. 2 dieses Jahres heranzufordern versucht, wo wir seine Haltung unter die Lupe genommen haben, veranlaßt, auf den oben wiedergegebenen Artikel etwas näher einzugehen. Die Kollegen in der Sandstein- und Marmorbranche müssen wegen der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage schon entschuldigen, wenn der Raum des Steinarbeiters nach dieser Richtung hin etwas stark in Anspruch genommen wird.

Ob Herr Klein an der Sitzung des Handelsvertragsvereins offiziell oder nicht offiziell teilnahm, ist nicht von Belang. Besonders unbedeutend ist dem Verfasser, daß wir die Behauptung festnagelten, für soziale Fürsorge werden unmöglich 8 Prozent vom Verkaufswert ausgegeben, und er sucht seine Behauptung anscheinend mit rechnerischen, aber nicht im geringsten zutreffenden Exempeln zu bekräftigen. Der Nichteingeweihte ist vielleicht zu täuschen; wir haben deshalb das Exempel zu prüfen.

Wir nehmen an, daß der Durchschnittsverdienst der Steinarbeiter, die bei Herrn Klein beschäftigt sind, alljährlich 900 Mk. beträgt. Dieser Betrag stimmt mit den Durchschnittslöhnen nach dem Ausweis der Steinbruchsberufsgenossenschaft annähernd überein. Höher scheint der Durchschnittsverdienst in Gafferode nicht zu sein, denn wir folgten bei unsrer Annahme den Klasseneinteilungen der Betriebskrankenkasse des Granitwerks Steinerne Renne, wo aus Absatz b und c des § 4 des Statuts zu entnehmen ist, daß die Beschäftigten pro Tag zu 3 und 2.50 Mk. eingeschätzt sind, der Lohn wird in Wirklichkeit nicht höher sein, denn sonst würde nicht so ein Hin- und Herwandern der Pflasterer im Satz, gleich dem ewigen Juden, vorkommen. Bei 3 Mk. Tagesverdienst wird sich die Lohnsumme pro Jahr auf 936 Mk. stellen. Wir haben günstig gerechnet, indem wir den höchsten Lohnsatz im Statut annehmen und ferner 52 Arbeitswochen einsetzten, die jedoch kaum erreicht werden. Welche Leistungen hat nun der Unternehmer der Sozialgesetzgebung gegenüber zu vollbringen? An die Berufsgenossenschaft für 1000 Mk. Lohnsumme = 27, für 936 = 25.27 Mk.; an die Invalidenversicherung für die IV. Klasse, pro Woche 15 Pfg., alljährlich = 7.80 Mk.; an Krankenkassenbeiträgen nach dem Statut und dem Krankenversicherungsgesetz hat die Firma 1/3 zu entrichten, in diesem Falle pro Woche 18 Pfg., jährlich also 9.36 Mk. Summa Summarum betragen die genannten Ausgaben ohne Verwaltung 42.43 Mk. = 4.53 Prozent der Lohnsumme des Arbeiters. Rechnen wir für Verwaltung zirka 2 Prozent Ausgaben, so wird nun allerdings die Summe die Herr Klein uns nannte, etwas reduziert werden müssen. Wir haben streng nach den gesetzlichen Bestimmungen gerechnet, und wir müssen nochmals betonen, daß man sich nicht scheut, solche nicht der Wahrheit entsprechende Darstellungen vorzuführen. Allerdings für die eventuell entstehenden Kosten, die die Durchführung der Bundesratsverordnung mit sich bringt, haben wir vorläufig nichts gerechnet, aus dem einfachen Umstande, weil sie nicht durchgeführt ist. — Nun sagte aber Klein im Handelsvertragsverein, es müßten 8 Prozent des Verkaufs-

werts für solche Zwecke ausgegeben werden, dieses ist eine Uebertreibung, die seinesgleichen sucht. Der Verkaufswert ist aber bedeutend höher, als die effektive Lohnsumme des Arbeiters. Allerdings, wenn man so mit Zahlen umgeht, dann kann man noch etwas mehr herausrechnen. Schon diese Probe wird genügen, um zu kennzeichnen, wie auf jener Seite gekämpft wird.

Herr Klein sagt pathetisch, unser Fachorgan segelt im sozialdemokratischen Fahrwasser und diene nicht gewerkschaftlichen Interessen. Das sind alle Kamellen, und diese Behauptung ist uns beinahe zu albern, sie zu widerlegen. Wenn wir zu einer wirtschaftlichen Frage Stellung nehmen, und die Pflastersteinzollfrage ist eine solche, und wir sind anderer Ansicht, als die Unternehmer, und wollen diese Anschauung in der Presse darlegen, so ist das nach der Ansicht des Herrn Klein sozialdemokratische Gehe. Ja, ja, wir wissen, daß diese Behauptung von den Unternehmern öfters gebraucht wird, und Herr Klein sucht sich wahrscheinlich bei seinen Berufscollegen etwas Anklang zu verschaffen. Ueberdies überlassen Sie es nur ruhig den organisierten Arbeitern selbst, wie sie sich politisch betätigen. Nach der Deduktion des Artikelschreibers hat sich auch Graf Bosadowsky von der berichtigten sozialdemokratischen Seite ansteden lassen, nämlich, weil er der schroffste Gegner des Zolles ist. Sie sehen also, wir befinden uns in guter Gesellschaft. Ferner ist nicht zu vergessen, daß es einen Teil sehr großer Unternehmer gibt, die unsre Ansicht vollständig teilen. Man soll also sich nicht berufen fühlen, Urteile zu fällen, wo einem die Einsicht fehlt. Herr Klein war früher Sekretär des Steinmetzmeisterverbands und sein Prognostikon gegenüber den organisierten Steinarbeitern lautet: ihr seid Sozialdemokraten. Das läßt uns kalt.

Vollständig falsch ist es ferner, wenn man von 150 000 Arbeitern spricht, die vom Zoll Nutzen haben sollen. Hätte man die Resultate der Gewerbezahlung vom Jahre 1895 in Erwägung gezogen, so hätte mit dieser Zahl nicht operiert werden können. Nehmen wir die Statistik der Gewerbezahlung zur Hand (siehe Korrespondenzblatt Nr. 50, 1901), dann ergibt sich folgendes Resultat: In der Steinindustrie waren damals 107 958 Personen beschäftigt. Rechnen wir nun die Kategorien von Arbeitern hinzu, die nach Klein am Pflastersteinzoll profitieren sollen, so käme noch ein Plus von 5880 Arbeitern in Betracht, die bei der Kiesgewinnung beschäftigt werden. Das ergibt nicht die Zahl von 150 000 Arbeitern, die er zur Steinindustrie zählen will, sondern die Zahl von 113 838. Diese Tatsache allein schon zeigt, wie vorsichtig man den Behauptungen des Herrn Klein gegenüber sein muß.

Nun ist es ein Schauspiel für Götter, entdecken zu müssen, daß alle in der Steinindustrie tätigen Arbeiter vom Zoll auf Pflastersteine bloß berührt werden sollen. Das glaubt wohl Herr Klein, wenn er ernstlich nachdenkt, selbst nicht. Die große Zahl von Sandsteinmetzen, Marmorarbeitern und Granitsteinmetzen sollen vom Zolle materielle Vorteile einheimen? Wie sagt Goethe in seinem Faust: Von alledem wird mir so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum.

Wahrhaftig, von Leuten, die in der Praxis stehen, sollte man eine zutreffendere, stichhaltigere Würdigung verlangen; aber es mangelt eben an durchschlagenden Argumenten. — Denkt vielleicht Herr Klein, daß zukünftig der Cottaer oder Mainlandsstein zu Pflastersteinen Verwendung findet? Oder denkt er, daß daraus nun, dank des Zolles, Chausseebaumaterial hergestellt wird? Netze Definition.

Sehr unglücklich ist ferner die Darstellung über die allmähliche Einführung der Maschinen in der Pflastersteinbranche. Hier wollen wir uns zuerst einen Vergleich gestalten mit der Granitindustrie, wo nur die Herstellung von Bau- und Monumentalarbeiten in Frage kommt, und daran erinnern, wie da allmählich dazu übergegangen wurde, von der Einführung der Maschine Gebrauch zu machen. Es sei ferner erinnert an die großen Sägereien. Wer dachte vor 20 Jahren daran, daß man mit Vollgattern, die 60—70 Sägeblätter enthielten, in der Lage sein würde, 10—15 Kubikmeter Steine, die dementsprechend zusammengestellt werden, in Platten von 2—3 Zentimeter Stärke zu sägen?

Weiter sei erinnert an die Einrichtung der Kreis- und Diamantsägen; ferner sollen die recht verschiedenartigen Schleifmaschinen nicht vergessen werden, desgleichen die Einführung der sogenannten Schürscheibe. Ja, man ging sogar noch weiter, man verwendete in der Granitindustrie zur Anfertigung von Säulen und Kapitälern usw. die Drehbänke. Alle diese maschinellen Einrichtungen kennt Kl. ganz genau aus seiner früheren Stellung als Geschäftsführer; es sei bloß an seine Tätigkeit in Rostock im Jahre 1898 erinnert.

Wenn in der Pflastersteinindustrie die Maschine bisher nicht in dem Maße zur Verwendung gelangte wie in der übrigen Granitbranche, so liegt dies daran, weil es nicht möglich war, bisher eine Maschine zu konstruieren, welche zur Herstellung von Pflastersteinen rationellere Verwendung finden konnte. Klein sagt uns aber selbst, in den ihm unterstellten Betrieben sind schon zehn solcher Maschinen in vollster Tätigkeit, und im Taschenbuch für die Steinindustrie (Jahrgang 1904) ist ja diese Maschine eingehend geschildert mit den ihr anhaftenden Vorzügen. Es mag folgendes hervorgehoben werden: 1. daß das Spalten auf dieser Maschine billiger ist, als durch Handarbeit, 2. daß es keines Facharbeiters bedarf, um die Maschine zu bedienen, 3. daß die Schlagstärke des Hammers je nach Erfordernis sofort geregelt werden kann, 4. daß die zu spaltenden Rohsteine nicht an bestimmte Formen gebunden sind, sondern ohne jegliche weitere Zurichtung auf der Maschine gespalten werden können, 5. daß sie die Steine zuverlässig in der gewünschten Richtung spaltet, 6. daß die Produktion der Maschine die Handarbeit um ein Vielfaches übersteigt; 7. daß sie dem Verschleiß und der Reparatur möglichst wenig unterworfen ist. Ja es wird betont, daß die Leistungsfähigkeit dieser Maschine sechs mal größer ist als die Leistung eines Arbeiters. Das ist der springende Punkt, weshalb zur Maschine gegriffen wird. Wir haben nichts gegen die Einführung solcher Maschinen. Es liegt

nicht in unserm Bereich, die Einführung von Maschinen zu verhindern, sondern es ist dies in unsern Wirtschaftsverhältnissen begründet, nur haben wir die Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären und ihnen mit dieser Neuerung nicht ihre Existenzbedingungen verschlechtern zu lassen. Und wenn die Unternehmer im Fichtelgebirge, im Odenwald usw., so weit die Denkmalindustrie in Frage kommt, den Markt beherrschen, so sei festgestellt, daß sich diese Leute alle die technischen Neuerungen zumute machen.

Dr. D. Herrmann sagt in seinem Buche: Steinbruchsindustrie und Steinbruchsgeologie, auf Seite 179 folgendes, um die Entwicklungsfähigkeit in der Granitindustrie zu haben:

Dieselben (die Mittel) werden darin bestehen müssen, unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden modernen Hilfsmittel zu einer Vervollkommnung und Verbilligung der Produktion zu gelangen, sowie die Betriebe überall planmäßig mit Rücksicht auf die Weiterentwicklung derselben einzurichten.

So spricht ein Wissenschaftler, und diese Ausführungen sind zutreffend, trotzdem dieselben für uns nichts Neues enthalten. Man höre und staune weiter, welche Märkte der Welt verkündet. Er sagt: Wir (die Unternehmer) haben bei der jetzigen Produktionsweise keinen Gewinn, und ferner ist Arbeitermangel vorhanden. Daß die Herren Pflastersteinindustriellen mit Unterbilanz oder ohne Gewinn arbeiten, ist uns was Neues. Ein Beispiel möge diese schiefse Darstellung charakterisieren. Im Jahre 1902 hatte die Porphyr-Aktien-Gesellschaft Böcking bei Würzen einen Ueberschuß von 206 750.10 Mk., und da soll auf einmal diese Industrie unrentabel sein? Die Vergrößerung der Betriebsanlagen in den Granitgebieten ist wohl der beste Beweis, daß die Herren Unternehmer mit ihren und anderer Leute Kapitalien gedenken gute Geschäfte zu machen. Oder ist das bloß persönliches Risiko? Wir glauben nicht!

Wir fragen Herrn Klein, ist das kein — Gewinn? Wir wollen nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen, sonst würden wir sagen, wie man diesen Ueberschuß nennt.

Nun zum Arbeitermangel. Sollte derselbe vorhanden sein, so ist dieser Hinweis das beste Argument gegen den Zoll, weil daraus hervorgeht, daß bisher nicht genügend produziert werden konnte. Nun allerdings, wer denkt, Pflastersteinmetzen in Gegenden locken zu können, wo man sie in elendigliche Baracken einzupferchen versucht und auf alle mögliche Art und Weise schikanirt, wie das der Verfasser dieses aus Erfahrung weiß, ist auf falschem Wege. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn die Steinmetzen nicht in hellen Scharen die heimatischen Penaten verlassen, um dann bitter enttäuscht wieder anderswo oder wieder in der Heimat Arbeit zu suchen. Wir sprechen in diesem Falle aus Erfahrung.

Die Behauptung, die im Handelsvertragsverein am 15. Dezember 1903 aufgestellt worden sein sollte, daß die deutschen Pflastersteinhauer keine erstklassigen Pflastersteine anfertigen können, ist nicht zutreffend, aber zutreffend ist, daß ein großer Teil des deutschen Granitmaterials sich nicht zu erstklassigen Pflastersteinen eignet, und wenn der Arbeiter noch so geschult ist. Der Meißner Granit mag die größte Aussicht haben, immer mehr zu Monumentalarbeit verwendet zu werden, er mag noch so polierfähig sein, nie aber wird derselbe sich eignen, Kraft seiner eigenartigen Struktur, zu den besten Pflasterarten verwendet zu werden. Auf unserem Redaktionsstisch befinden sich einzelne Pflasterarten aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, aber nur sehr wenige können zu den ersten Sorten verwendet werden. Es ist in diesem Artikel nicht unsere Aufgabe, darzutun, welche Erfordernisse von Seiten aller Bauämter an das Granitpflaster gestellt werden, wiewohl wir das sehr leicht könnten.

Ob, wenn wirklich die Pflastersteine im Preise steigen sollten, was ja nicht zutrifft, die Löhne aufgebessert werden würden, glauben wir nach den bisherigen anderen Resultaten ein für allemal nicht, und Herr Kl. wird für diese Behauptung wohl kaum die Hand ins Feuer legen.

Auf was es den Granitindustriellen ankommt, geht aus folgendem Satze hervor: Klein meint, jedenfalls würden bei dem Zoll die Pflastersteine besser bezahlt — und es ist immer besser, bei geringem Umsatz einen entsprechenden Nutzen zu haben, als bei großem Umsatz ohne Nutzen zu arbeiten.

Das ist gerade, was wir als Arbeiter befürchten und was wir von Anfang an betont haben: Das Absatzgebiet für die deutschen Steinarbeiter wird nicht wesentlich erweitert, vor allem nicht in dem Maße, wie die ausländischen Pflasterarten (Granit) verdrängt werden, was dieser Herr sogar als wünschenswert hinstellt. Die notwendige Folge ist eine Absatzverminderung für die deutschen Produzenten und damit sind die Arbeiter denselben schuldlos preisgegeben. Die Unternehmer dagegen haben nicht den geringsten Schaden, denn was ihnen auf der einen Seite an Absatz abgeht, das holen sie auf der andern Seite durch verstärkte Bohndrüderei wieder heraus.

Und das, Kollegen, merkt euch wohl, denn die Unternehmer sorgen immer dafür, daß sie ihren Rebbach ins Trockene bringen. Wir danken dem Herrn Kl. für seine Offenheit, wenn sie auch unfreiwillig dargestellt wurde. Ein bayrischer Granitindustrieller schreibt uns folgendes über die Zollfrage:

1. Wir befürchten, daß durch die Einführung eines deutschen Eingangszolles auf Pflastersteine Oesterreich-Ungarn veranlaßt werden wird, auf Pflastersteine ebenfalls einen Eingangszoll — wahrscheinlich einen viel höheren als Deutschland — zu legen und daß dadurch dann unter demoliges nicht unbedeutendes Geschäft nach Oesterreich-Ungarn unmöglich gemacht werden wird. 2. Wir erwarten von einem Zoll auf Pflastersteine für die deutsche Pflastersteinindustrie überhaupt nicht die Vorteile, die man sich anderweitig verspricht, weil wir nicht glauben können, daß die Städte — die Abnehmer der Pflastersteine — sich ruhig eine Preissteigerung von reichlich eine Mark per Quadratmeter werden gefallen lassen. (Die Erhöhung wird für den Quadratmeter 2.50—3 Mk. betragen. Die Redaktion.) Nach unsrer Meinung werden die Städte eben noch mehr zu andern Pflasterarten übergehen, als dies jetzt schon der Fall ist. 3. Eine Preissteigerung für Pflastersteine in Norddeutschland wird für uns einen Abzug der Arbeitskräfte nach dem Norden zur Folge haben und uns sehr schädigen.

Die Befürchtung, die in Punkt 3 zum Ausdruck gebracht wurde, ist nur in dem Sinne richtig, wenn die Ausfuhr nach Oesterreich wirklich verboten würde. Trifft dieses

zu, so sind die Unternehmer aus Südbayern trotz hohen Zolles, mit denen von Mitteldeutschland nicht in der Lage, konkurrenzieren zu können. Und warum? Weil in erster Linie die ungünstigen Verkehrsverhältnisse einen solchen Wettbewerb nicht zulassen. Bei einem so schwer ins Gewicht fallenden Artikel, sagt Gothein (Deutscher Außenhandel, Seite 492), wird stets die Frachfrage ausschlaggebend sein, und es würde vollständig verfehlt sein, die natürlichen Bezugsverhältnisse durch Zölle zu erschweren; ein solcher Zoll würde auch einen Kultur- und verkehrsfeindlichen Charakter tragen, insofern er auf die Verbesserung unserer Verkehrswege von nachteiligem Einfluß sein würde. Er würde nicht einen Schuß der deutschen Arbeit darstellen, sondern lediglich die Rente einiger weniger Besitzer von Pflastersteinbrüchen erhöhen.

Daß man ferner bei hohem Zoll das künstliche Pflaster immer mehr bevorzugen wird, hat der Berliner Stadtbaurat im Handelsvertragsverein auseinandergesetzt. Wenn Sie sich der Mühe unterziehen wollten, die Kernfrage, warum wir diesen Zoll bekämpfen, zu prüfen, so würden Sie wissen, daß von uns des öfteren schon betont wurde, man greift mehr und mehr zum Kunstpflaster.

Wir dienen gleich mit einem konkreten Beweis. In einer Schrift des städtischen Tiefbauamtes von Frankfurt a. M. aus dem vorigen Jahre heißt es auf Seite 14:

Seit drei Jahren besteht hier ein unter günstigen Bedingungen für die Stadt abgeschlossener Vertrag über Herstellung und Unterhaltung von Asphaltstraßen mit zwei Unternehmern, die Bohrmöher und sizilianisches Material verwenden. Nach dem kostet der Quadratmeter Asphalt — ohne Herstellung der Betonunterlage — 7 Mk., die Unterhaltung haben die Unternehmer in den ersten drei Jahren selber zu tragen, hernach gegen eine jährliche Entschädigung von 50 Pfg. für den Quadratmeter (in Straßen mit Trambahngleisen mit 75 Pfg.) zu besorgen.

Das Asphaltpflaster erfreut sich seit dem Jahre 1896 einer stetig wachsenden Beliebtheit, so daß in den letzten Jahren bis zu 36 v. H. der jährlich ausgeführten Pflasterflächen in — Asphalt hergestellt werden.

Einen schlagenderen Beweis gegen diese unsinnigen Zollbestrebungen wird es wohl kaum geben.

Aber wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Nach die im Straßenbauwesen beschäftigten Steinseger haben begreiflicherweise ein sehr großes Interesse, daß möglichst viel natürliches Pflastermaterial Verwendung findet, und deshalb wehren sich auch diese gegen den Zoll, und Gerasse Kroll hat sich in sehr eingehender Weise mit dieser Frage beschäftigt und seine Ansicht in einem schätzenswerten Artikel (außer der Artikelserie in der Steinsegerzeitung) in Nr. 37 des Steinarbeiters vom Jahre 1902 dargelegt. Bemerkenswert aber ist, daß die Filiale Hamburg des Steinsegerverbandes zum Verbandstag in Straßburg den Antrag stellt, den Steinsegerverband in einen Verband aller im Straßenbauwesen beschäftigten Arbeiter umzutauschen wegen des Vordringens des künstlichen Pflasters. Bei der Herstellung des letzteren sind nur ungelernete Arbeiter beschäftigt und man will auch diese Kategorie zu einer gemeinsamen Organisation zusammenschließen. Der Kardinalpunkt hierzu aber ist der Rückgang des natürlichen Pflasters.

Wir können also bei der größten Objektivität kein gewichtiges Argument für den Zoll entdecken.

Wenn weiter behauptet wird, uns fehle das Verständnis für das Bestreben der Zöllner, und Herr M. meint, dieses Bestreben sei schon vom vaterländischen Standpunkte aus anzuerkennen, so müssen wir uns für schuldig bekennen, indem wir uns die Bemerkung erlauben, daß wir auch kein Verständnis haben, wie im Jahre 1903 die Firma Arrip aus nationalen und patriotischen Gründen den deutschen Staat um über 63 Millionen über den Ohr häute.

Ob ferner die Gewerkschaftsbewegung national oder international ist, oder nicht sein soll, das ist Sache der Arbeiter selbst.

Wir werden uns durch das Geflässe der Unternehmer nicht abschrecken lassen, auch fernerhin gegen diese Bestrebungen mit aller Fähigkeit anzukämpfen und das verwerfliche System, das in dieser Agitation der Unternehmer liegt, zu brandmarken.

Wir haben nachgewiesen und zwar in der eingehendsten Weise, daß den Steinarbeitern nicht der geringste Vorteil entsteht, und wir sind es, die die Arbeiter schützen wollen, sie auf die Gefahren dieser verderblichen Politik hinweisen, ihnen nicht die Produktionstätigkeit einengen lassen wollen, sondern beizutragen versuchen, daß der deutsche Pflastersteinarbeiter Arbeitsgelegenheit hat, während die Unternehmer nur hohen Gewinn verlangen, unbeachtet der notwendigen Folgerung, daß durch die Einführung des künstlichen Pflasters immer mehr Steinarbeiter — arbeitslos werden.

Nachdem vorstehender Artikel schon der Druckerei übergeben war, kommt uns die Denkschrift des Steinmeistersverbands zu Gesicht und müssen wir denn doch betonen, daß wir es kaum für möglich hielten, wie es dieser Verband wagen konnte, den Mitgliedern der Zolltariffkommission so ansehbares Material zu übermitteln. Etwas Oberflächlicheres ist uns wohl noch kaum in die Finger gekommen. Direktor Klein sagt in seinem Artikel, für die soziale Gesetzgebung werden 8 Prozent Verkaufswert ausgegeben, wir haben nachgewiesen, daß sich diese Ausgabe auf circa 6 Prozent des Arbeitslohnes beläuft, und in der Denkschrift heißt es sogar, diese Ausgaben belaufen sich auf 10 Prozent des Produktionswerts.

Wir fragen deshalb: Pilatus, wo ist die Wahrheit?

Die Vorschläge der Kandidaten zur Generalversammlung.

Trotz mehrmaliger Bekanntgabe im Steinarbeiter, daß bis zum 1. Februar sämtliche Vorschläge eingereicht sein müssen, sind noch Wahlkreise zu verzeichnen, wo noch keine Kandidaten vorgeschlagen sind. Es ist das eine sehr große Interesslosigkeit und wir sehen uns veranlaßt, in der Nr. 8 die noch vorzuschlagenden Kandidaten deshalb nachträglich noch bekannt zu geben. Die Vorschläge müssen bis zum 15. Februar hier eingereicht sein.

1. Wahlkreis. (2 Delegierte.) Vorgeschlagen: Emil Wolf, Brandenburg. Grabsteinbrüche, Walter und Sieben, Berlin.
2. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Wolf, Berlin.
3. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Paul Langer, Karl Ruffert, Heinrich Bandach, Paul Speer, Julius Anders.
4. Wahlkreis.
5. Wahlkreis. (2 Delegierte.) Vorgeschlagen: D. Schlüter, Fr. Wirkner, S. Braun und S. Rike.
7. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Höhne, Löbau.
8. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Ernst Hammann, Cospitz.
9. Wahlkreis. (4 Delegierte.) Vorgeschlagen: Grünelt, Nies; Kettich, Seidel, Seifert, Fiedel, Zahn und Eisner sämtliche in Dresden. Eisner wurde als Marmorarbeiter vorgeschlagen.
10. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Riegel und Sarfert.
11. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Otto Kuhn, Zwickendorf.
12. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Schönefeld, Geist und Mieth, sämtliche in Leipzig.
13. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Bergmann, Rödnitz; Brückl, Beucha.
14. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Karl Uhlmann, Chemnitz.
15. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Höger, Aue.
16. Wahlkreis.
17. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Peter Nebhan, Nebra.
18. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Vos, Kassel; Wagner, Erfurt.
19. Wahlkreis.
20. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Müller in Ohr und Ferdinand Rittsteiner in Altenhagen.
21. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Karl Maus, Bremen I.
22. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Johann Woltemade, Bremen II; Siebold, Ohlsdorf.
23. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Rehbörfer, Essen; Schmidt, Gaulteier, Düsseldorf; Offermann, Bittermarf.
24. Wahlkreis.
25. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Ignaz Kraft, Mannheim.
26. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Kettenbaum, Kattferslautern; W. Kaiser, Neustadt.
27. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Tülher, Stralsburg (Elsaß) und Billin, Ottenhöfer, 2 Delegierte.
28. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Briegel, Mühlhausen (Elsaß).
29. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Kubold, Freiburg; Gutekunst, Konstanz.
30. Wahlkreis.
31. Wahlkreis. Vorgeschlagen: August Franke, Ulm.
32. Wahlkreis.
33. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Geil, Nürnberg, Bau, Grünfeld; Georg Engel, Würzburg.
34. Wahlkreis.
35. Wahlkreis. Vorgeschlagen: F. Groschwig, Grotchenreuth.
36. Wahlkreis. Vorgeschlagen: Bayerlein, Bayreuth; Bergbauer, Neusorg.

Verbandstag.

Der laut Statut (§ 6c) stattfindende Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands wird nach einstimmigem Beschluß des Vorstandes, Zentral- und Verbandsausschusses für Montag, den 18. April 1904, und folgende Tage nach Erfurt einberufen.

Provisorische Tagesordnung:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Internationale Beziehungen.
4. Organisation und Agitation.
5. Streits.
6. Bundesratsverordnung.
7. Bericht vom Gewerkschaftskongress zu Stuttgart.
8. Presse.
9. Statistik.
10. Allgemeine Wahlen.
11. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt wurden.

Die Anträge für den Verbandstag müssen laut Statut (§ 6c, Abs. 2) bis zum 29. Februar 1904 beim Vorstand eingereicht sein, wenn dieselben bei der Veröffentlichung in Nr. 10 des Steinarbeiters Berücksichtigung finden sollen.

Das Lokal, in welchem die Generalversammlung stattfindet, wird bekanntgegeben, sobald uns von der Zahlstelle Erfurt die diesbezügliche Mitteilung zugegangen ist.

J. A. P. Starke.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir sehen uns genötigt, nochmals darauf hinzuweisen, daß an der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nur diejenigen Mitglieder teilnehmen dürfen, welche ihre Quittungsbücher in Ordnung haben; das setzt voraus, daß auch jeder die Delegiertenmarke geklebt hat. Es sind Orte vorhanden, die noch nicht eine einzige Delegiertenmarke bei uns verrechnet resp. bezahlt haben. Wir sehen davon ab, dieselben zu nennen, weisen aber darauf hin, daß wir alle in diesen Orten abgegebenen Stimmen für ungültig erklären werden, wenn bis zum Wahltermin die Delegiertenmarken nicht bezahlt worden sind. Die Zahlstellen, welche noch keine Delegiertenmarken bei uns bezahlt haben, mögen dies deshalb sofort tun, damit die daraus entstehenden Unannehmlichkeiten erspart bleiben.

Ferner halten wir es für angebracht, daß die Vertrauensleute resp. Ortsstatistiker jetzt eine Kontrolle der kleinen statistischen Lohnkarten vornehmen und sich davon überzeugen, daß jeder Kollege dieselbe bis zum Tage der Kontrolle richtig ausgefüllt hat. Dies ist eine Notwendigkeit, wenn die bei Abgabe der Lohnkarten am 1. Juli gewöhnlich zutage tretende mangelhafte Ausfüllung derselben beseitigt werden soll. Wollen wir aber eine möglichst einwandfreie Statistik erzielen, so müssen wir ständig darauf bedacht sein, die Mängel zu beseitigen.

Die Lokalvorstände werden nochmals aufmerksam gemacht, keine zweite Reisetkarte auszustellen. Die zweite Reisetkarte des Kollegen Max Lindner aus Nies, geb. 6. Juni 1864, ist anzuhalten, die erste abgelaufene liegt hier.

Anträge zum Verbandstage sind bis zum 29. Februar einzureichen, dieselben gelangen in Nr. 10 des Steinarbeiters zur Veröffentlichung, später einlaufende können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wahlreglement.

Bei der Wahl der Vertreter zur Generalversammlung ist folgendes zu beachten.

Wer für das Jahr 1903 seine Delegiertenmarke nicht geklebt hat, hat kein Wahlrecht. Desgleichen müssen die Quittungsbücher bis zum Wahltermin in Ordnung sein.

Die Hauptwahlen müssen vom 21. Februar bis 2. März

stattfinden. Die den Zahlstellen noch zu übersendenden Wahlprotokolle müssen mit dem Stimmenresultat bis zum Sonnabend, den 5. März, in den Händen des Zentralvorstandes sein.

Erreicht ein Kandidat bei der Hauptwahl nicht die absolute Majorität, so findet ein zweiter Wahlgang statt und zwar in der Zeit vom 13. bis 19. März. Das Resultat des zweiten Wahlganges muß bis zum 21. März hierher eingekandt sein, damit die gewählten Delegierten in der am 26. März erscheinenden Nummer des Steinarbeiters bekannt gegeben werden können. Bei der Hauptwahl gilt absolute, beim zweiten Wahlgang relative Majorität.

In Wahlkreisen, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, aber mehr als zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht sind und wo keiner bei der Hauptwahl die absolute Stimmenzahl erreicht, hat während dem obengenannten Zeitpunkt der zweite Wahlgang stattzufinden und gilt der als gewählt, welcher die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

In Wahlkreisen, wo 2, 3 oder 4 Delegierte zu wählen sind, aber bei der Hauptwahl die absolute Stimmenmehrheit nicht von allen oder gar keinem erreicht wird, gelten ebenfalls die im zweiten Wahlgange als gewählt, welche der Reihenfolge nach die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Wer im ersten Wahlgange in diesem Falle die absolute Stimmenzahl schon hat, gilt selbstredend als gewählt. Bemerkenswert sei noch, daß in solchen Wahlkreisen, wo mehrere Delegierte in Frage kommen, die Stimmzettel soviel Namen enthalten müssen, als Delegierte zu entsenden sind. Dresden mit Nies a. V. hat 4 Delegierte zu wählen, jeder wahlberechtigte Kollege hat auf seinem Stimmzettel also vier Namen zu verzeichnen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu entsenden sind, müssen für ungültig erklärt werden. Als Ersatzmann im Verhinderungsfalle eines Delegierten gilt derjenige, welcher nach den gewählten Delegierten die meisten Stimmen erhalten hat.

Um eine möglichst starke Wahlbeteiligung zu erzielen, überlassen wir es den einzelnen Zahlstellen, die Wahl in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorzunehmen.

Die Wahl ist eine geheime und erfolgt mittels Stimmzettel.

Maßgebend für die Vornahme des Wahlakts in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfinden darf. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, das das Wahlresultat zu prüfen und dem Zentralvorstand unverzüglich zu übermitteln hat. Wird aber auf den Arbeitsplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und dieselben der Wahlkommission der Zahlstelle, welche für die korrekte Vollziehung des Wahlganges dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, nach am Tage der Abstimmung zu übermitteln. Wird die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen vollzogen, so hat dieselbe in der Zahlstelle nur an einem Tage zu erfolgen.

Wir erwarten, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden und behalten uns bei eventuellen Wahlankündigungen vor, die Stimmzettel einzufordern. Dieselben müssen deshalb bis zur Generalversammlung aufbewahrt werden.

Jeder Delegierte erhält nach der vollzogenen Wahl ein Mandat zugestellt; wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Delegierten zur Generalversammlung ihre Mitgliedsbücher mitzubringen haben.

J. A. des Zentralvorstandes: Paul Starke.

Zur Generalversammlung.

Seit Jahren ist auf allen Kongressen viel über Agitation gesprochen und sind auch diesbezügliche Beschlüsse gefaßt worden. Daß wir mit unserer Organisation nie vorwärts kamen, weiß jeder aufgeklärte Kollege. Man gab der losen Organisation die Schuld, den niedrigen Beiträgen und dergleichen mehr. Man glaubte, wenn wir erst einen Verband hätten und noch höhere Beiträge zahlten, wird es besser. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Als wir noch keinen besoldeten Beamten hatten und an die Zentralkasse pro Mitglied und Woche 5 Pfg. entrichteten, hatte unsere Organisation stets 8—11 000 Mitglieder. Und jetzt? Im Jahre 1902 betrug der Mitgliederbestand 8000, trotz 2 besoldeten Beamten und einem Redakteur. Ich will hiermit niemandem einen Vorwurf machen, aber wenn man sich nicht dazu hergeben will, den Verband ganz und gar aufzulösen (?) und sich mit einem andern zu verschmelzen, muß man sich doch fragen, woran liegt die Stagnation in unserem Verband?

Meiner Meinung nach geht man mit den Mitteln für Agitation nicht richtig um. Man sucht Zahlstellen zu gründen, gründet sie auch, und damit ist es fertig. An allen solchen Orten fehlt es an Personen, die schon einen Einblick in die Arbeiterbewegung getan haben. Man ist daher gezwungen, Leuten die Führung zu übertragen, die sie nach kurzer Zeit wieder aufgeben, sei es aus Trägheit, sei es aus Unverständnis. Es gibt viele Orte, in denen sich auch nicht eine Person unter Hunderten befindet, die nur imstande wäre, eine Versammlung oder Besprechung zu arrangieren oder abzuhalten. Werden nach solchen Orten Referenten verlangt, so schießt die Zentralkasse aus der nächsten Nähe einen hin. Er wird auch zwei- ja dreimal hingeschickt. Aber dann ist es genug. Dann heißt es, die Zahlstelle muß sich auf eigne Füße stellen, sonst braucht sie die Gelder, die für den betr. Gau ausgeworfen sind, allein, und die andern Zahlstellen haben nichts. Dieser Standpunkt hat die jetzige Geschäftsleitung eingenommen, mir scheint er aber verwerflich. Man soll doch lieber alle Vierteljahre ein paar Mark für einen Referenten aus der Hauptkasse zahlen, als eine Zahlstelle zugrunde gehen lassen. Ein Beispiel: Göttingen hatte 80 Mitglieder. Sie verlangten einen Referenten, bekamen denselben auch dreimal von Kassel. Bei dem letzten Male hieß es, wie ich oben schon angeführt. Gätte die Geschäftsleitung fernerhin vierteljährlich 8.60 Mk. geopfert, so wäre Göttingen eine gute Zahlstelle geblieben und fristete nicht, wie jetzt, ein Scheindasein. Meine Zellen sollen bezwecken, daß man sich auf der nächsten Generalversammlung endlich dazu entschließt, besoldete Gauleiter anzustellen, wie dies fast in allen Gewerkschaften geschehen ist. Man könnte ja den Anfang mit 3 bis 4 Mann machen. Daß 4 besoldete Gau-

leitet nicht zu viel wären, wird jedem Kollegen einleuchten, der da weiß, daß von 100 000 deutschen Steinarbeitern nur 10 000 gewerkschaftlich organisiert sind. Was die Kosten anbelangt, so werden diese die Vorteile einer planmäßigen und nachdrücklichen Agitation auf dieser Basis lange nicht aufwiegen. Diskutiere man über diese Frage in Wort und Schrift, und ich bin der Meinung, es wird dann besser werden, wenn wir, wie oben angegeben, verfahren werden.

Was die Durchführbarkeit meines Vorschlags anbetrifft, so habe ich ihre nachstehende Berechnung zugrunde gelegt. Ich nehme an, daß unser Verband in diesem Jahre 10 000 Mitglieder hat. Sollten nun 4 Gauleiter angestellt werden, so müßte jeder Gau 2500 Mitglieder umfassen. Würde nun jedes dieser Mitglieder durchschnittlich 40 Wochen im Jahre arbeiten, so wäre ein Umsatz von jährlich 100 000 Wochenmarken zu verzeichnen. Die Zentralkasse hätte nun für jede in dem Gau verkaufte Marke 2 1/2 Pfg. an die Gaukasse abzuliefern. Dies würde den Betrag von 2500 Mk. ergeben. Außerdem müßte jede Zahlstelle aus ihrer Lokalkasse einen Zuschuß an den Gau leisten und zwar folgendermaßen: Für jedes Mitglied und pro Jahr 25 Pfg., machte bei 2500 Mitgliedern im Gau 625 Mk. Diese beiden Posten ergeben zusammen 3125 Mk. Wenn man nun das Gehalt dieser Beamten auf 17—1800 Mark im Anfang festsetzen würde, so blieben immer noch 13—1400 Mk. für Jahrgelder, Spesen, Porto und dergl. mehr übrig. Die Zentralkasse hätte nun eine Ausgabe, für Agitation in allen 4 Gauen zusammen, von 10 000 Mk. Daß dies nicht so glatt abgeht, wie ich berechnet habe, bin ich mir wohl bewußt; aber einen Anhalt bietet der Vorschlag doch. Ein Gau wird z. B. mehr Einnahmen haben, ein anderer wieder weniger Einnahmen als Ausgaben; beim dritten wieder können Einnahme und Ausgabe balancieren. Es müßte dann den schwächeren Gauen ein außerordentlicher Zuschuß bewilligt werden, der aber nicht allzu hoch sein wird, weil doch durch eine solche planmäßige Agitation noch mehr Mitglieder gewonnen und dadurch die Gaeinnahmen erhöht werden.

Kassel. D. Wegener.

Zur Bundesratsverordnung.

In Nr. 3 des Steinarbeiter veröffentlicht der Zentralvorstand das Resultat der Fragebogen betreffs Bundesratsverordnung. Es ist ja bekannt, daß dieselbe in der Hauptsache nur die Sandsteinarbeiter betrifft, aber zu verwundern ist das keineswegs; waren doch dieselben lange Jahre tätig, bis sie das unwiderlegbare Material zusammenbrachten, durch welches der Bundesrat gezwungen wurde, eine Verordnung zum Schutze der Steinarbeiter zu verhängen. Man sollte nun denken, daß diejenigen Steinarbeiter, welche in dieser Verordnung so stiefmütterlich behandelt werden, sich um so eifriger zusammenschließen würden, um Material zu schaffen, auf Grund dessen diese Verordnung auf sämtliche Steinarbeiter ausgedehnt werden muß. So lange dieses jedoch nicht der Fall ist, sollten sie wenigstens den Bestrebungen zur Durchführung dieser wenigen, auch sie treffenden Bestimmungen nicht hinderlich sein, wie folgender Fall beweist. In Randerbader a. M. hatte ein Unternehmer vom Fabrikinspektor von Würzburg die Auflage erhalten, der Bundesratsverordnung gemäß Arbeitsbuden herzustellen. Derselbe weigerte sich aber, dieser gesetzlichen Bestimmung nachzukommen, indem er seine Arbeiter jedenfalls sehr genau kennt, so daß er weiß, was er von ihnen zu gewärtigen hat. Am Sonnabend wurde nämlich den Arbeitern klargestellt, daß er nicht mehr weiterarbeiten lassen könne, weil keine Arbeitsbude vorhanden sei. Als die Leute Montags trotzdem zur Arbeit kamen (was nebenbei bemerkt selbstredend keinen besonders guten Eindruck macht), wurden sie abermals mit der bereits Sonnabend erfolgten Begründung abgewiesen. Statt nun den eigensinnigen Meister sitzen zu lassen und sich nach anderer Arbeit umzusehen, gingen die Arbeiter insgesamt nach Würzburg zum Fabrikinspektor, aber beileibe nicht, um das rigorose Vorgehen des Meisters klarzulegen, sondern um die Zuriinnahme dieser rechtlichen Auflage zu erbitten. Der Herr Fabrikinspektor mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, als die Arbeiter ihre Beschwerde vorbrachten, aber der allenfallsige Zweck des Unternehmers, die Zuriinnahme oder auch Aufschub dieser Auflage, wurde erreicht, und die Kollegen machen nun in dem alten Schlandrian wieder weiter. Daß ein derartiges Verhalten dieser Auch-Kollegen der Gesamtheit den größten Schaden bringt, scheinen dieselben nicht zu bedenken. Goffentlich werden diese Zeilen dazu dienen, daß solche Kollegen auf das Schmäbliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht werden, damit ein solcher Fall in Zukunft nicht mehr vorkommt. B.

Rundschau.

Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate für 1903.

Am 15. Januar sind den Leitern der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate je zwei Erhebungsformulare für die Jahresstatistik 1903 übermittelt worden. Wir eruchen die Leiter derjenigen Gewerkschaftskartelle, die ihr Rechnungsjahr noch nicht mit dem 31. Dezember abschließen, im Interesse der Einheitlichkeit der Statistik als Berichtsjahr das Kalenderjahr zugrunde zu legen, wie dies bei der vorjährigen Statistik von 7/8 der beteiligten Kartelle bereits geschehen ist.

Von den beiden auszufüllenden Erhebungsformularen ist eins an Orte aufzubewahren, das andre bis spätestens zum 1. März an die unterzeichnete Adresse frankiert (als Geschäftspapiere ohne Begleitschreiben 10 Pfg. Porto) einzuwenden. Kartellvorsitzende und Arbeitersekretäre, welche die Fragebogen bis zum 20. Januar nicht erhalten haben, wollen solche sofort bei dem Unterzeichneten nachbestellen. Die Generalkommission.

C. Legien,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

An die Arbeitersekretariate.

Wie uns bekannt geworden ist, sind Vertreter der Arbeitersekretariate in letzter Zeit wiederholt zur Vertretung der Verletzten in der mündlichen Verhandlung in Unfallversicherungs- oder Invalidenrentensachen von Vorsitzenden der Schiedsgerichte nicht zugelassen worden, in der Regel mit der Begründung, daß sie die Vertretung geschäftsmäßig betreiben. Wir bitten die Kollegen, von derartigen Fällen

unter Angabe des Namens des Schiedsgerichtsvorsitzenden, des Termins und der Sache uns baldigst Kenntnis zu geben.

Berlin, im Januar 1904.
Zentral-Arbeitersekretariat
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Zohuzurückbehaltung. Im Baugewerbe ist es vielfach üblich, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß ein Teil des Affordlohns zurückbehalten wird, bis der Bau unter Dach gebracht ist, und daß der Arbeiter einen Anspruch auf den zurückbehaltenen Lohn nicht haben soll, wenn er den Arbeitsvertrag vor jenem Zeitpunkt löst. Die Gültigkeit derartigen Verträge ist an und für sich schon recht zweifelhaft; in der Praxis dreht sich der Streit aber gewöhnlich darum, ob der Arbeiter einen Anspruch auf den vorenthaltenen Teil dann hat, wenn die Fortführung des Baues aus irgendwelchen Gründen unterbrochen werden muß, insbesondere, wenn vorzeitig Frostwetter eintritt. Die Unternehmer verweigern dann nicht selten die Auszahlung und verlangen von den Arbeitern, daß sie im Frühjahr die Arbeit beenden. Diese Auffassung ist aber nicht richtig. Wenn man schon die Gültigkeit eines solchen Vertrags anerkennt, so ist doch jedenfalls sicher — das ist auch jüngst gerichtlich anerkannt —, daß ein solcher Vertrag nur eine Sicherung des Arbeitgebers gegen Kontraktbruch bezweckt. Wird dagegen der Vertrag auf andre Weise als durch einseitigen Rücktritt des Arbeiters gelöst, so wird sofort der volle Lohn fällig.

Na, also! Ein freiwilliges Zugeständnis über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation macht das Unternehmerblatt Norddeutscher Baugewerksanzeiger und Ziegeleianzeiger. In einem kurzen Artikel werden die Organisationsverhältnisse der lippischen Ziegler besprochen, die bekanntlich recht traurige sind. Nach dem Blatte sollen von 17 000 Personen nur 4000 im Gewerkverein organisiert sein, und trotzdem man mit dem 1. Januar eine Sterbefasse eingeführt hat, soll doch keine Aussicht auf weitere Ausbreitung des Vereins vorhanden sein, weil man den Beitrag auf das Doppelte erhöhen mußte. „Der Grund liegt darin“, so heißt es dann am Schlusse des Artikels, „daß die lippischen Ziegler zum größten Teile von den Vorteilen des gemerkchaftlichen Zusammenschlusses wenig wissen, daß andererseits aber auch der oft übertriebene Sparsinn dieser Leute gerade hierin sich bemerkbar macht, allerdings in einer Weise, die wenig geeignet ist, dazu beizutragen, daß überall die bisher nicht besonders günstigen Verhältnisse auf den Ziegeleien sich ändern.“ — Also selbst den Unternehmern wird die Bedürfnislosigkeit der lippischen Ziegler zuwider und sie raten ihnen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit die Verhältnisse auf den Ziegeleien sich günstiger gestalten. Wenn die Unternehmer das selbst sagen, dann muß man es schon glauben, daß die verdammte Bedürfnislosigkeit der Arbeiter und ihre Unwissenheit schuld daran sind, wenn es ihnen so erbärmlich schlecht geht.

„Guten Morgen, Herr Streifbrecher!“ Diese Worte soll Nadler D. gelegentlich des Streiks bei Karl Suhr in Nachen dem Arbeitswilligen Nikolaus Pauly eines Mittags 12 Uhr zugerufen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte deswegen gegen D. Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Zu der Schöffengerichtssitzung am 15. Januar waren der angeblich Beleidigte und zwei Mädchen als Zeugen geladen. Der Angeklagte gab an, gar nicht zu wissen, daß er dem Pauly überhaupt begegnet sei, was er durch einen Schutzzeugen beweisen könne. Der beleidigte Pauly als Zeuge erklärte, daß D. im Driehergäßchen zweimal vor ihm hingeflogen und ihn dann mit den Worten: „Guten Morgen, Herr Streifbrecher!“ angeredet habe. Er sei aber kein Streifbrecher, indem er die Stelle vom Militär aus angenommen habe. (Als im August der Streik ausgebrochen, hatten in der Fabrik gebliebene Arbeiter den Pauly sofort benachrichtigt, er könne bei Entlassung vom Militär sofort die Stelle des Hansens besetzen.) Der Richter meinte, das wäre auch gut, daß er die Arbeit angenommen habe. Auf das Verhör der andern Zeugen wurde verzichtet und der Angeklagte zu 5 Mk. oder 1 Tag Haft sowie Tragung der Kosten verurteilt.

Der Krankenkassentongress in Leipzig war von ca. 1200 Delegierten besucht, die etwa 2 274 000 Mitglieder vertraten. Einziger Gegenstand der Verhandlung war: „Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft“, wozu Cohn-Berlin das einleitende Referat hielt. Er schlug eine Resolution vor, in der in zwölf markanten und präzis gefaßten Thesen die ganze Sachlage des bestehenden Kampfes zwischen Ärzten und Krankenkassen aufgerollt und die Angriffe und alle überhebenden Forderungen der Ärzte scharf und sachlich zurückgewiesen werden. Alle Vertreter, ob aus Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerkreisen, ob von Ortskrankenkassen, Betriebs-, Innungs- oder Hilfskassen delegiert, ob sie nun kleine Kassen oder solche, deren Mitgliederzahl nach Zehntausenden zählt oder gar ganze Verbände von Kassen hinter sich haben, waren sich einig in der Notwendigkeit, das Verlangen der Ärzte, die es belieben, der Öffentlichkeit gegenüber sich in der Rolle der unterdrückten und ausgebeuteten Lohnarbeiter zu zeigen, gebührend in die Schranken zu weisen und das Unberechtigte eines Vergleichs der Arbeiterbewegung mit dem Lohnkampfe der Arbeitererschaft darzutun. So fand die Resolution mit Einmütigkeit Annahme. Damit wird allerdings der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen noch nicht zu Ende sein, doch hat der Kongress Klarheit geschaffen.

Wirungslose Arbeiter-Schutzvorschriften. Der Stadtmagistrat von Würzburg befindet sich in einer eigentümlichen Lage: er kann die oberpolizeiliche Vorschrift vom 1. Januar 1901 zum Schutze der an Bauten beschäftigten Personen nicht ausführen. Vor einiger Zeit fand der städtische Bauaufseher an einem Bau der Bauunternehmer Kray u. Co., daß die Balkenöffnungen nicht vorschriftsmäßig abgedeckt waren, und erstattete Meldung. Der Magistrat beauftragte die Firma, die gerügten Mißstände unterzüglich abzustellen, dieselbe kümmerte sich jedoch nicht im geringsten darum, sondern ließ die lebensgefährlichen Zustände ruhig weiter bestehen, so daß der Bau polizeilich geschlossen wurde. Die Firma wurde auf erfolgte Anzeige hin vom Schöffengericht zu Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legten die Unternehmer Berufung ein, und sie erzielten nunmehr Freisprechung! Der Unternehmer kann also in dem alten sicherheitsgefährlichen Schlandrian weiterwursteln und sich über die Handhabung der betreffenden Verordnung seitens des Magistrats noch lustig machen. Der

Magistrat hat tatsächlich keine Handhabe mehr, die Verordnung zur Durchführung zu bringen. Er beschloß deshalb, das Ministerium zu ersuchen, eine genauere Interpretation oder eine klarere Fassung der Vorschrift herauszugeben.

Ueber die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden bringt das Reichsarbeitsblatt (Januarheft) wieder, wie schon am 30. Juni und 30. September 1903, einen Artikel mit Tabellen zc. Danach waren am 31. September 1903 in deutschen Fachverbänden, die 429 318 Personen, gegen 414 855 am 30. September und 213 962 am 30. Juni umfassen, 9607 Personen am Orte, 1423 außerhalb des Orts arbeitslos. Das sind 2,2 Prozent aller Mitglieder (gegen 1,8 Prozent am 30. September und 3,2 Prozent am 30. Juni). Selbstverständlich sind diese Ziffern nicht maßgebend, denn das ganze Baugewerbe ist in der Statistik nur durch den Gewerkverein der Bauhandwerker und den Zentralverband der Glaser vertreten. Die Angaben der Nischenverbände der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter zc. fehlen vollständig! Auch handelt es sich nur um gelernte Arbeiter.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Erfurt. Die Steinmessen Bruno Lange, Willi Schieferbecker, Otto Schieferbecker und Christoph Gaffert sind wegen treuen geleisteter Dienste nach § 3, Abs. 5b aus dem Verbandsausgeschlossen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis mit 30. Januar 1904.
Marxantadt, Beitrag 1.10; Deltisch, Beitrag 8.—; Ludwigs-hafen, Beitrag 36.12; Delegiertensteuer 0.25; Oppach, Beitrag 112.—; Groppenburg, I. Qu. 0.90; Dortmund, Beitrag 20.—; Demitz-Ebnitz IV. Qu. 12.—; Neusora, IV. Qu. 6.—; Inzerat 1.20; Eintrittsmarken 8.50; Delegiertensteuer 6.75; Lauenau, Beitrag 4.20; Nordrach, I. Qu. 0.90; Ebeltsbach Beitrag 6.72; Reimbeim, Beitrag 20.44; Görlitz, IV. Qu. 8.40; Halberstadt, Beitrag 32.—; Gr. Rosen, IV. u. I. Qu. 14.40; Brohl, I. Qu. 1.20; Jena IV. Qu. 2.40; Hoop b. Kassel, Beitrag 28.—; Albenorf, Eintrittsmarken 4.—; Erschmarfen 1.50, Beitrag 7.28; Spener IV. Qu. 4.20; Buzlau, Beitrag 120.—; Nürnberg, IV. Qu. 27.—; Radolfszell, I. Qu. 2.40; Lbbau, Beitrag 128.—; Osterwald, Beitrag 180.—; Op. Itallano, 3.75; Randsbader, Erschmarfe 2.20; Wregan, Beitrag 10.—.
Felix Lange.

Briefkasten.

Mehrere Berichte, die bloß von der 4. Quartalsabrechnung des vorigen Jahres und der Zusammensetzung des Vorstandes berichten, werden nicht veröffentlicht. Der gewählte Vorstand wird im Abrechnungsverzeichnis veröffentlicht, daß den einzelnen Kassierern Decharge erteilt wurde, deswegen einen Versammlungsbericht einzuliefern, ist wohl kaum nötig.

Wiesbaden. Diese Liste können wir nicht veröffentlichen. Wenn jedem Mitglied wegen rückständiger Beiträge die Ehre zu teil werden soll, im Steinarbeiter zu prangen, dann brauchen wir in jeder Nummer separat eine Spalte zu diesem Zweck. Das sind traurige Erscheinungen in unserm Verbands, aber auf die Weise rottet man dieses Uebel nicht aus.

Chemnitz. Auch diese Liste können wir nicht veröffentlichen. **Manheim 100.** Der Name kann nicht genannt werden.

Anzeigen.

Gaukonferenz des 7. Gaus.

Vorort Hamburg.

Die Konferenz findet am 7. Februar in Hamburg im Lokale von Salzen, Caffamacherreihe, statt.

Die Tagesordnung wird bei Beginn der Konferenz festgestellt.

Die Gauleitung.

3. Stth, Vorstellmannweg 163, S. III.

Mehle-Osterwald.

Sonntag, den 21. Februar

Wintervergnügen

in Dörpe

in der Denerischen Wirtschaft.

Anfang abends 7 Uhr.

Anfang abends 7 Uhr.

Hierzu werden alle Kollegen der Umgebung freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Todes-Anzeigen.

Am 16. Januar starb unser Kollege

Eduard Herzau

aus Klein-Wangen

nach 19wöchigem Leiden an der Berufskrankheit im Alter von 52 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Zahlstelle Rebra und Umgegend.

Am 24. Januar verschied unser Kollege, der Steinmeyer

Albin Braunwarth

im Alter von 35 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend.

Am 25. Januar starb unser Kollege und lang-jähriges Mitglied

Albert Gönnert

im Alter von 38 Jahren an der Berufskrankheit.

Es ehren sein Andenken

Die organisierten Steinarbeiter von Berlin I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 6.

Donnerstag, den 6. Februar 1904.

8. Jahrgang.

Adressen-Verzeichnis.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Paul Starke, Vorstand, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
F. Lange, Kassierer, Große Fleischergasse 14.
Arthur Schmidt, Obmann des Verbandsausschusses, Dresden-Striesen, Wittenberger Straße 22, I.

„Der Steinarbeiter“

Redaktion und Expedition: A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verlag und Herausgeber: Paul Starke.

Centralausschuß und Preßkommission.

Max Grief, Obmann, Leipzig-Schönefeld, Südstr. 24, III.

Gauleitungen

- I. Gau. Berlin. Hugo Walthert, Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 6.
- II. „ Sunlau. Dietrich Schäfer, Oberstr. 26.
- III. „ Dresden. Richard Seidel, Ritzbergstraße 2, Volkshaus, Zimmer 16.
- IV. „ Leipzig. Ludw. Geiß, Sophienstraße 60, Hof part.
- V. „ Erfurt. Philipp Wagner, Augustinerstraße 23.
- VI. „ Braunschweig. Karl Müller, Ohr bei Emmertal, Kreis Hameln.
- VII. „ Hamburg. J. Stich, Vorsteilmanns Weg 162, S. III.
- VIII. „ Düsseldorf. Heinrich Schmidt, Stephanienstraße 2.
- IX. „ Frankfurt. Selur. Häsler, Kleine Obermainstr. 2.
- X. „ Mannheim. Ignaz Kraft, U 5, 7.
- XI. „ Strassburg. Johann Pöhler, Neudorf-Strassburg, Poligonstraße 100.
- XII. „ Stuttgart. Joseph Rothmund, Militärstraße 94 a. Kassierer: Chr. Mozer, Lämpfhofer Str. 7, part.
- XIII. „ München. Joh. Wittenmeier, Palmstraße 7a, II.
- XIV. „ Würzburg. Michael Brenniq, Fabrikstraße 55, II.
- XV. „ Schwarzenbad. Georg Prell, Neustadt 390.

I. Gau. Berlin Vorort.

- 4 Berlin I. Vorsitzender: Hugo Walthert, Schöneberg b. Berlin, Kaiser-Friedrich-Straße 6. Kassierer: J. Marschall, NW., Lehrter Straße 42. Reiseunterstützung wird bei Max Faber, NW., Stephansstraße 11, ausbezahlt. Innungs-Herberge: NW., Alexander-Ufer 1. Jeder Steinmetz zwei Nächte frei schlafen. Gewerkschafts-Herberge: SO., Engel-Ufer 15.
- Berlin II. Vorsitzender: Artur Paak, Rixdorf, Prinz-Handjery-Str. 7. Kassierer: Adolf Wolf, Hasenheide 49.
- 2 Brandenburg. Vorsitzender: Karl Nischow, Tismarstraße 4. Kassierer: Emil Wolf, Bredowstraße 30.
- 2 Frankfurt a. Oder. Vorsitzender: Wilh. Seelig, Sonnenburgstraße 26.
- 2 Greifswald. Vorsitzender: Friedr. Pantzen, Loiser Straße 14/15. Kassierer: Karl Streunfarth, Loiser Straße 11.
- 4 Königsberg. Vorsitzender: Friedr. Gedats, Unterhaberberg 81, III. Kassierer: Heinrich Gessel, Neudemgasse 36.
- Potsdam. Vorsitzender: Paul Senslober, Scharnstraße 4. Kassierer: Franz Acker, Kronprinzstraße 17.
- 4 Posen. Vorsitzender: Georg Ehrlich, Kronprinzenstraße 41. Kassierer: Georg Ehrlich, Kronprinzenstraße 41.
- 4 Stettin. Vorsitzender: Emil Bülow, Giebereistraße 49 k, I. Kassierer: Hermann Krüger, Nemtzer Neue Straße 2, II.

II. Gau. Pommern Vorort.

- Alt-Warthau (Steinmehlen). Vorsitzender: Hugo Braun, Alt-Warthau. Kassierer: Wilhelm Rothhärd, Alt-Warthau. Herberge: Bei Gastwirt Stank.
- Alt-Warthau (Brecker). Vorsitzender: Robert Kieck, Liebichau, P. Thomaswaldau. Kassierer: Robert Kieck, Liebichau, P. Thomaswaldau.
- 2 Sunlau. Vorsitzender: Herm. Lang, Markt 2, Hinterhaus. Kassierer: Georg Wiesenhütter, Löpferstraße 28.
- 4 Breslau. Vorsitzender: Paul Werner, Luisenplatz 8, IV. Kassierer: Karl Sticker, Bobtenstraße 19, IV.
- Deutmannsdorf (Kreis Löwenberg). Vorsitzender: Aug. Steiner, Hartliebtsdorf. Kassierer: Oswald Wagenknecht, Hartliebtsdorf.
- Hockenu-Neudorf. Vorsitzender: Wilhelm Kühn, wohnt Hartliebtsdorf b. Löwenb. Kassierer: Reinh. Seidrich, Hockenu.
- Häslicht i. Schl. Vorsitzender: Karl Schäfer, Häslicht. Kassierer: Selur. Jakob, Häslicht.
- Hattowitz (Ober-Schlesien). Vorsitzender: J. Gommer, Rathausstraße 6.
- 2 Plagwitz-Löwenberg. Vorsitzender: Herm. Gimmter, Plagwitz. Kassierer: Bernh. Grimann, Löwenberg, Goldberger Str. 155.
- 2 Striegau. Vorsitzender: Karl Kuffert, Gräbenstraße 53. Kassierer: Paul Langer, Gräbenstraße 26, II.
- 2 Strehlen i. Schl. Vorsitzender: Joh. Warta, Strehlen, Kleine Fischergasse 3. Kassierer: Joh. Warta, Strehlen, Kleine Fischergasse 3.
- Wenig-Radwitz. Vorsitzender: Friedrich Scholz, Wenig-Radwitz. Kassierer: Fritz Mosler, Wenig-Radwitz.
- Abendorf. Kassierer: Kasper.

III. Gau. Dresden Vorort.

- 2 Bautzen. Vorsitzender: G. Saasche, Justizneubau. Kassierer: Max Weser, Leutwitz bei Baugen.
- Demitz-Thumitz. Vorsitzender: Karl Keil, Bahnhofsstraße 12. Kassierer: A. Hättig, Birkenrode (Post-Demitz-Thumitz) Nr. 2a.
- 2 Dresden. Vorsitzender: Richard Seidel, Ritzbergstraße 2, Volkshaus, Zimmer 16. Kassierer: Ernst Schönerl, Roschwig, Pillnitzer Straße 116.

Görlitz. Vorsitzender: Karl Eisner, Brager Straße 106. Kassierer: Paul Dellmann, Madersdorf bei Garsdorf (Ober-lausitz) 7.

Häslicht i. S. Vorsitzender: Herm. Dorn, Nr. 48, part.

Horka. Vorsitzender: Max Brosch, Neubörfel, Post Rückwitz. Kassierer: Paul Schenkrich, Horka.

Königsbrück. Vorsitzender: Johann Gruber, Schloßstraße 16.

Krippen. Vorsitzender: Gustav Jannasch, Postelwitz. Kassierer: Gustav Thiele, Klein-Hennersdorf.

Löbau. Vorsitzender: Karl Kühne, Görlitzer Straße 388 E. Kassierer: Emil Grühl, Görlitzer Straße.

Meißen. Vorsitzender: Franz Görbert, Kaiserstraße 11, III. Kassierer: Oskar Kunad, Neugasse 72, III.

2 Neundorf. Vorsitzender: Otto Kuhn, Zutschendorf b. Pirna. Kassierer: Wilh. Sering, Klein-Cotta.

Oppach. Vorsitzender: Karl Thomas, Neu-Oppach. Kassierer: Adolf Wünsche, Neu-Spremberg 2.

Pirna (Sandstein). Vorsitzender: Karl Kiegel, Lehmweg 16. Kassierer: Ernst Follmer, Waldstraße 1.

Posta. Vorsitzender: Reinh. Jähne, Mochthal bei Pirna. Kassierer: Ernst Samann, Cospitz, Lohmenstraße 14.

2 Riesa. Vorsitzender: Max Hartig, Großenhainer Straße 25. Kassierer: Reinhold Just, Gröbba bei Riesa.

IV. Gau. Leipzig Vorort.

Innaberg. Vorsitzender: Martin Beck, Granzahl. Kassierer: Anton Beck, Granzahl.

Im Ergebirge. Vorsitzender: Johann Höger, Bergfreiheit 15. Kassierer: Max Arnold, Aue-Zelle.

Reucha-Brandis. Vorsitzender: Faver Brückl, Reucha. Kassierer: Ludwig Ebner, Kleinsteinsberg bei Reucha.

2 Chemnitz. Vorsitzender: Oskar Wunderlich, Eckstraße 8, III. Kassierer: Rob. Müllr, Rudolfstraße 33, III. Herberge: Gewerkschaftshaus Stadt Meißen, Rochlitzer Str.

Cera. Vorsitzender: Martin Neumeier, Waldstraße 33. Kassierer: Christ. Guden, Debschwig, Südstraße 2.

Greiz i. Vogtl. Vorsitzender: Ernst Reichmann, Keldweg 7. Kassierer: Hermann Drechsler, Waldstraße 27.

Grimma. Vorsitzender: Kunath, Hohenstadt bei Grimma, Nr. 46 b.

Halle. Vorsitzender: Paul Kupfernagel, Eichendorfer Str. 17, S. III. Kassierer: Otto Becker, Dölauer Straße 18.

Hohburg bei Wurzen. Vorsitzender: Hermann Küfer.

2 Leipzig I. Vorsitzender: Wilhelm Schönfeld, L.-Kleinschöcher, Gustav-Adolf-Straße 14, I. Kassierer: Bernh. Meiß, Stünz, Leipziger Straße 3, III.

Leipzig II. Vorsitzender: Otto Weigang, L.-Kleinschöcher, Gustav-Adolf-Straße 13, III. Kassierer: Richard Pfenner, Leipzig-Schönefeld, Abtaun-dorfer Weg.

Löbejün. Vorsitzender: Emil Schuster, Poststraße 125.

2 Magdeburg. Vorsitzender: Fr. Wahrendorf, Helmstedter Straße 59. Kassierer: G. Ohage, Hohe Straße 14.

Mittweida. Vorsitzender: Richard Oehm, Steinweg 58. Kassierer: Selur. Saube, Turnstraße 12.

Naumburg a. Saale. Vorsitzender: J. Pöhlge, Weingartenstraße 16.

2 Nebra. Vorsitzender: Peter Redhahn, Nebra a. d. Unstrut, Rosenthal. Kassierer: Fassmann.

Planen i. Vogtl. Vorsitzender: Herm. Müller, Haffelbrunnen, Pausaer Str. 96. Kassierer: Wilh. Franz, Hammerstraße 89.

Römhild. Vorsitzender: Moritz Bergmann.

2 Schreiersgrün. Vorsitzender: Wolf, Schreiersgrün bei Treuen i. B.

2 Wittenberg. Vorsitzender: Rob. Schliekmann, Mauerstraße 12.

2 Weichselburg. Vorsitzender: Emil Weber, Flemminggasse 79, II. Kassierer: Max Steinert, Weichselburg.

2 Zwickau. Vorsitzender: Moritz Köhler, Glauchauer Straße 2, part. Kassierer: G. Strunz, Reinsdorf.

V. Gau. Erfurt Vorort.

2 Cassel. Vorsitzender: J. Hausmann, Niederwehren bei Cassel. Kassierer: Aug. Pöhl, Holländische Straße 33.

Eisenach. Vorsitzender: Lud. Schönwald, Jakobsplan 15, II.

2 Erfurt. Vorsitzender: Herm. Wuhler, Kleiststraße 27, I. Kassierer: Ph. Wagner, Augustinerstr. 23, II. Reiseunterstützung wird bei Otto Reisinger, Johannesstraße 63 ausbezahlt.

Zentralherberge: Hotel Kronprinz, Futterstraße.

Gotha. Vorsitzender: Paul Schmidt, Langensalzger Straße 47. Kassierer: Simon Rückert, Steinstraße 11. Verkehr: Im Gasthof zum Ritter.

Göttingen. Vorsitzender: Karl Ebrecht, Wiesenstraße 7, part. Hof bei Cassel.

Vorsitzender: Adam Peter. Kassierer: George Rauf.

2 Mühlhausen i. Ch. Vorsitzender: Louis Göbel, Schadebergstraße 57. Kassierer: Alb. Gerandi, Schadebergstraße 66a.

Reiffenhausen bei Friedland a. Leine. Vorsitzender: Louis Voigt.

Wandersleben. Vorsitzender: Georg Spatz.

VI. Gau. Braunschweig Vorort.

Altenhagen. Vorsitzender: Hermann Grobe.

Bradwede. Vorsitzender: August Brandt, Quelle 29. Kassierer: August Moses, Quelle 60.

Halberstadt. Vorsitzender: Georg Pausader, Südstraße 12. Kassierer: Paul Salm, Schützenstraße 10.

2 Hannover. Vorsitzender: Hermann Burgard, Lindens-Hannover, Rickinger Straße 108. Kassierer: Hermann Matfiske, Mozartstraße 17, III.

Hasserode. Vorsitzender: Karl Wunderlich, Trift 26. Kassierer: Joseph Meindl, Nr. 2b.

Leopoldsthal. Vorsitzender: Baldfasar Arnold. Kassierer: Ludwig Kraft.

Mehle-Osterwald. Vorsitzender: Karl Lücke, Osterwald. Kassierer: Julius Bergen, Osterwald.

Osterholz. Vorsitzender: Albert Köller, Nienstadt bei Stadthagen. Kassierer: Ernst Köller, Sülbeck.

2 Osanbrück. Vorsitzender: August Deckerl, Rotenburger Straße 8, part.

Inseln. Vorsitzender: Fritz Kohnberg. Kassierer: August Bauer.

VII. Gau. Hamburg Vorort.

4 Bremen I. Vorsitzender: Karl Mans, Hemmstraße 204. Kassierer: Karl Bollborn, Göltselstraße 3, I. Herberge: Kleine Helle 40.

Bremen II. Vorsitzender: Karl Thielmann, Hafenstraße 5-7, III, I. Kassierer: Wilhelm Runge, Am Schwarzen Meer 24.

2 Hamburg I. Vorsitzender: Emil Kühne, Anfelmannstraße 51, S. 3, part. Kassierer: Otto Saak, Vorsteilmanns Weg 56, S. 2, V.

Hamburg II. Vorsitzender: Aug. Thorsen, Hamburg 23, Volksborfer Str. 31, I. Kassierer: G. Heumann, Altona, Kleine Rosenstraße 11, I.

2 Kiel. Vorsitzender: W. Merkel, Bontenstraße 14. Kassierer: W. Hühl, Harnstraße 59.

2 Lüneburg. Vorsitzender: Friedrich Lütje, Auf dem Kauf 8. Kassierer: Wilh. Stute, Ratsmühle 6.

2 Lübeck. Vorsitzender: Wilhelm Jachow, Schuhmacherstraße 5/D. Kassierer: Ernst Jachow, Langerlohweg 39, II.

Ohlsdorf. Vorsitzender: August Sameyer, Hamburg-Parried, Paulstraße 6, I. Kassierer: Hermann Griem, Alsterdorf bei Hamburg, Alsterborfer Damm 37.

2 Oldenburg. Vorsitzender: Heinrich Amend, Bürgerfelde bei Oldenburg, Oflener Straße 6. Kassierer: S. Studt, Ebnernweg 17.

4 Rostock. Vorsitzender: Karl Panker, Gerberbruch 7. Kassierer: Wilh. Pahnner, Fritz Reuter-Straße 64, I.

VIII. Gau. Düsseldorf Vorort.

Bittermark. Vorsitzender: Wilhelm Auweiler, Bittermark 181. Kassierer: S. Penderer, Schanze.

Bonn. Vorsitzender: Anton Roos, Medienheimer Straße 24.

2 Dortmund. Vorsitzender: August Junfer, Solderstraße 19. Kassierer: P. Vanique, Hellweg 7, Börne.

Duisburg. Vorsitzender: Paul Montermann, Duisburg-Hochfeld, Mühlenstraße 26.

2 Düsseldorf. Vorsitzender: Julius Theobald, Aderstraße 215. Kassierer: Nikl. Gendle, Eisenstraße 104, III.

Elberfeld. Vorsitzender: Oskar Gutgesell, Plutoniumstraße 20. Kassierer: G. Werner, Stutbergstraße 68.

Essen. Vorsitzender: Hermann Neuhöfer, Kesselstraße 7. Kassierer: Karl Jäger, Waldbausenstraße 48.

Herdecke (Kreis Hagen). Vorsitzender: Joseph Dasing, Hauptstraße 167.

IX. Gau. Frankfurt a. Main Vorort.

Amorbach a. Main. Vorsitzender: Heinrich Klingemeter. Kassierer: Otto Waller, Mühlstraße.

Aschaffenburg. Vorsitzender: Philipp Schäfer, Fildergasse. Kassierer: S. Schmitt, Gabelsbergerstraße 28.

Büdingen. Vorsitzender: Jakob Anaf, Erblengasse 2. Kassierer: Karl Müller, Schloßstraße.

Echzenbach a. Main. Vorsitzender: Eugen Seilmann, Nr. 14. Kassierer: Ehrhard Wolf.

2 Frankfurt a. Main. Vorsitzender: Sylv. Bachmann, Rohrbachstraße 40. Kassierer: Konrad Sopsenmüller, Kleine Obermainstraße 17.

Mainz. Vorsitzender: Jakob Schmidt, Leibnizstraße 9. Kassierer: Karl Büßig, Kabelweg 29.

Miltenberg a. Main. Vorsitzender: Jos. Breunig, Hauptstraße 424.

Ober-Mörlin. Vorsitzender: Heinrich Groh. Kassierer: Philipp Den, Ober-Mörlin.

Offenbach. Vorsitzender: Peter Braun, Bürgel a. Main, Feldstraße 18. Kassierer: Bernhard Schreck.

Reinheim. Vorsitzender: Leopold. Kassierer: Faver Fischer.

Schwanau (Odenwald). Vorsitzender: Adam Schmauf. Kassierer: Johannes Walter II.

Wiesbaden. Vorsitzender: G. Werner, Viebrich, Gfabeltstraße 21. Kassierer: Hermann Sparholz, Philippsbergstraße 25.

Wörth-Grannfurth a. Main. Vorsitzender: Julius Wehler. Kassierer: Karl Jakob.

X. Gau. Mannheim Vorort.

- 2 Heppenheim. Vorsitzender: Alois Spanger, Kleingartenstraße 18. Kassierer: Jakob Lang, Friedrichstraße.
2 Kaiserslautern. Vorsitzender: August Konrad, Kanalstraße 35. Kassierer: Jos. Kettenbaum, Wiesenstraße 15.
2 Karlsruhe. Vorsitzender: Max Steiner, Degensfeldstraße 4a, V. Kassierer: Friedrich Lofer, Ludwig-Wilhelm-Straße 15, pt.
2 Landau i. Pfalz. Vorsitzender: Hermann Wiedermann, Kleiner Platz 8. Kassierer: S. Berg, Marktstraße 100.
2 Ludwigshafen. Vorsitzender: Konrad Stämpert, Gräfenaustraße 14. Kassierer: W. Maier, Siegfriedstraße 24.
2 Mannheim. Vorsitzender: Mich. Weigand, Rheinhäuser Straße 59, V. Kassierer: Wilhelm Käfer, T 2, Nr. 15.
Neustadt a. d.ardt. Vorsitzender: Karl Klein. Kassierer: W. Kaiser, Stangenbrunnenstraße 9.
Pirmasens. Vorsitzender: Daniel Heidenreich. Kassierer: Georg Kühne, Schülerstraße 29.
Schriesheim. Vorsitzender: Joh. Fried. Lorenz. Kassierer: A. Helbing.
Speyer. Vorsitzender: Hans Jäger, Kapuzinergasse 35. Kassierer: A. Semar, Rämmererstraße 24.

XI. Gau. Straßburg (Gf.) Vorort.

- 2 Freiburg. Vorsitzender: Emil Rudolf, Egonstraße 48, IV. Kassierer: Joseph Hoff, Egonstraße 15, II.
2 Holsmar. Vorsitzender: C. Möring, Privatweg 12. Kassierer: Anton Grein, Bleichweg 72.
4 Soufflen. Vorsitzender: J. Mathebeck, Spanierstraße 18. Kassierer: Karl Staudinger, Leinerstraße 15, II.
2 Tahr. Vorsitzender: Joseph Oehler, Gerolsecker Vorstadt 41. Kassierer: Gottfried Lindauer, Lammstraße 3.
4 Mitz. Vorsitzender: Lehmeister, Devant les ponts bei Weh, La Ronde 58.
2 Mühlhausen i. Elsaß. Vorsitzender: Rudolf Brtegel, Macher Straße 125. Kassierer: Gottf. Korb, Ewigkeitsstraße 16.
2 Ottenhöfen. Vorsitzender: Johann Pflin, Ottenhöfen. Kassierer: Johann Pflin, Ottenhöfen.
Kadolfzell. Vorsitzender: Sartmann bei der Firma Hirling.
Schlettstadt. Vorsitzender: Julius Stärkel, Ohrschweiler bei Schlettstadt. Kassierer: Jos. Schrader.
Serau-Lörch. Vorsitzender: Gottf. Almer, Emmendingen, Neustraße 15.
Straßburg. Vorsitzender: Gottf. Gremmelmeier, Waisenplatz 8. Kassierer: Hermann Rik, Spachhäuser 4.

XII. Gau. Stuttgart Vorort.

- 2 Girkensfeld. Vorsitzender: Daniel Sattig. Kassierer: Ernst Müller.
2 Göppingen. Vorsitzender: Julius Dangelmeier, Obere Marstallstraße 27. Kassierer: Julius Dangelmeier, Obere Marstallstraße 27.
2 Heilbronn. Vorsitzender: Adolf Glos, Fabrikstraße 29. Kassierer: Heinrich Schnepf, Mühlweg 771.
2 Heinstein (Württemberg). Vorsitzender: Joseph Feitsh.
2 Hordlingen. Vorsitzender: Fritz Wiedemann, Mittlere Gerbergasse 105. Kassierer: Jos. Schanz, Bergmauer B. 71.
2 Ohrenbach. Vorsitzender: Emil Müller. Kassierer: Jos. Ferusel.
2 Stuttgart I. Vorsitzender: Friedrich Weber, Gutenbergstraße 60, S. III. Kassierer: Franz Glos, Schreiberstraße 21, II.
2 Stuttgart II. Vorsitzender: Gottlob Reiser, Hasenbergstraße 2, part. Kassierer: Jakob Käsele, Fallerstraße 58, III.
4 Ulm. Vorsitzender: Joseph Birth, Büchergasse 18. Kassierer: August Frank, Sammlungsgasse 9.
2 Weinsberg. Vorsitzender: Jakob Britsch, Weinsberg. Kassierer: Fr. v. Ohnhaus, Weinsberg.

XIII. Gau. München Vorort.

- 2 Augsburg. Vorsitzender: Joseph Fiesel, Georgstraße F. 294, Rückgeb. I. Kassierer: Xaver Koberger, Lechhausen-Augsburg, Uferstr. 1, I.
2 Bruckmühl. Vorsitzender: Wolfgang März. Kassierer: Fogrieder.
4 Kelheim. Vorsitzender: Matthias Seibert, Kelheim. Kassierer: Franz Schienhähnel, Kelheim.
4 München. Vorsitzender: Jos. Fuhs, Lumpinger Straße 7/0. Kassierer: Karl Oswald, Heidhausen-München, Flurstr. 3, I.
2 Regensburg. Vorsitzender: Wolfgang Kürzinger, Fischmarkt D. 144.

XIV. Gau. Würzburg Vorort.

- 2 Ebelbach. Vorsitzender: August Grobe, Gasthaus Bauernschubertsh. Kassierer: Otto Stegert, Gleisenau bei Ebelbach.
2 Grünsfeld. Vorsitzender: Anton Bau, Grünsfeld. Kassierer: Heinrich Schreck, Grünsfeld.
2 Hardheim. Vorsitzender: Adolf Löhr.
4 Nürnberg. Vorsitzender: Asp. Scheuring, Grenzstraße 14, II. Kassierer: Adolf Grafmann, Bahnhofstraße 57.
2 Rothenburg a. d. T. Vorsitzender: Jos. Schifferl, Hartershofen. Kassierer: Karl Schlepff, Hartershofen.
2 Würzburg. Vorsitzender: J. Sauter, Heidingsfelder Straße 1, III. Kassierer: Heinrich Bruch, Buzentinnenstraße 32.

XV. Gau. Schwarzenbach a. S. Vorort.

- 2 Bayreuth. Vorsitzender: Hans Bayerlein, Altstadt, Gartenweg 6. Kassierer: Georg Schöberlein, Erlanger Straße 25.

- 2 Bernau. Vorsitzender: Hermann Breßler, An der Delsnitz 13b. Kassierer: Karl Wöschel, Gurlstraße 40.
2 Coburg. Vorsitzender: Theodor Hein, Neues bei Coburg. Kassierer: Aug. Lukas, Lauterstraße.
2 Gräfenröhr. Vorsitzender: Martin Schöfel, Furthammer bei Wunsiedel, Nr. 26. Kassierer: Johann Stinner, Furthammer bei Wunsiedel.
2 Hof. Vorsitzender: Ludwig Schielein, Jaspisstein 5. Kassierer: Karl Mergner, Obere Friedrichstraße 20.
2 Marktrenten. Vorsitzender: Karl Furrker.
2 Mündberg. Vorsitzender: Marian Bauer, Färbergasse 324. Kassierer: Fritz Streitmänn, Kirchenlamiger Gasse 450.
2 Neusorg. Vorsitzender: Karl Rothmer.
2 Pilgramsreuth. Vorsitzender: Johann Wolf. Kassierer: Egidius Köhler.
2 Rehau. Vorsitzender: Rik. Brumme, Sophienstraße 390. Kassierer: Georg Sammet, Fabrikstraße.
2 Schönwald. Vorsitzender: Christian Riedel. Kassierer: Karl Aehner.
2 Schwarzenbach. Vorsitzender: Hans Feuß, Neustadt 375. Kassierer: Adolf Schlegel, Kirchenlamiger Straße 206.
2 Zell. Vertrauensmann: Hans Geigermüller, Wunsiedler Str. 366.
2 Tröbau. Vorsitzender: Johann Köfker, Tröbau, H Nr. 43. Kassierer: Georg Hofweller, Tröbau, Post Wunsiedel. Verkehr: Gasthaus zur biden Eva.
2 Wunsiedel. Vorsitzender: Ludwig Pölmann, Sonnenstraße 429 1/2. Kassierer: Johann Meier.

Sollte das Verzeichnis nicht ganz vollständig sein, so haben die Gauverbände die Vertrauensleute, die die Adressänderungen trotz mehrmaliger Mahnung usw. nicht einbrachten. Auch waren in vielen Fällen die Namen der verschiedensten Vorstandsmitglieder so unbedeutlich geschrieben, daß eine korrekte Entzifferung rein unmöglich war.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Ostabogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Linde und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin I. Eine am 31. Januar stattgefundene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit der Frage: Gedenken wir dieses Jahr eine Lohnforderung zu stellen? Die Beantwortung der Frage konnte nach der tariflosen (der schrecklichen) Zeit keinem Zweifel unterliegen. Alle Redner stimmten darin überein, daß mit dem bisherigen Zustand gründlich aufgeräumt und gesündere Verhältnisse geschaffen werden müssen. Nur über das Wie gingen die Ansichten der Kollegen ziemlich weit auseinander. Die einen wünschten die Forderung des allgemeinen Tagelohns, um welche wir 1899 dreizehn Wochen vergeblich gestreift haben, wieder aufzustellen; andere waren für Wiedereinführung des Tarifs von 1900, für Erhöhung des Stundenlohns von 70 auf 75 Pfg. sowie für Garantie des Wochenlohns für die Affordarbeiter. Während von der Forderung des allgemeinen Tagelohns Abstand genommen wurde, da die Durchführung desselben ausichtslos ist, fand sich für die andre nach langem Debattieren über die Wahl der garantierenden Wochenlohns (30 Mk.) eine Mehrheit. Sieben Kollegen inkl. dem Gesellenausschuß wurden damit betraut, die Anträge auszuarbeiten und mit den Meistern in Verhandlungen zu treten. Außerdem wurden der Kommission zwei Schriftführer beigegeben, welche die Interessen der in den Grabsteingeschäften arbeitenden Kollegen vertreten sollen. Bei den Vorschlägen zur Delegiertenwahl zum Verbandstage kam wieder die Unzufriedenheit mit der Wahlkreiseinteilung zum Ausdruck. Jedoch erklärte sich die Versammlung bereit, einen von den zwei zu wählenden Delegierten den Provinzialstädten zu überlassen. Wenn trotzdem zwei Kollegen zu Delegierten vorgeschlagen wurden, so geschah es lediglich, um einen Ersatzmann zu haben, falls der Gewählte verhindert sein sollte, sein Mandat auszuüben. Wegen der vorgeordneten Zeit wurde die Versammlung geschlossen, noch ehe die Tagesordnung erschöpft war. Vor Beginn derselben widmete der Vorsitzende unserm verstorbenen Kollegen Albert Gönner einen warmen Nachruf, indem er die Verdienste desselben um unsere Organisation hervorhob.

Bremen I. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung vom 26. Januar. Auf der Tagesordnung stand: 1. Generaldiskussion zum Verbandstage; 2. Tarif; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt nahmen mehrere Kollegen das Wort und führten unter anderem über die Gaueinteilung Klage. Durch die neue Einteilung ist Hamburg I wieder als Vorort für den 21. Gau bestimmt worden. Nun sind die Bremer Steinarbeiter aber damit nicht einverstanden, denn im letzten Jahre ist zu wenig von Hamburg I aus gesehen. Korrespondenz, was doch für die einzelnen Zahlstellen die Hauptsache ist, wurde bis auf 1 bis 2 Briefe überhaupt nicht gepflegt. Die bisherige Gauleitung hat sich kaum um etwas gekümmert. Deshalb muß unbedingt dahin gestrebt werden, daß der Vorort mindestens dahin verlegt wird, wo man annehmen kann, daß solche Kräfte vorhanden sind, die eine Gauleitung auch richtig handhaben können. Einen gleichlautenden Antrag nahm darauf die Versammlung einstimmig an. Sodann legte sich die Versammlung die Frage vor: „Stellt Bremen auch dieses Mal einen Kandidaten auf?“ Die Frage wurde einstimmig bejaht. Bei der nun folgenden Wahl wurde Kollege Maus II als Kandidat für den Verbandstag aufgestellt. Danach überprüften sich noch einige Kollegen über die Reiseunterstützung, indem sie anführten, die Auszahlung derselben müßte anstatt von 2 zu 2 Tagen jeden Tag erfolgen. Auch sei die Karenzzeit im Verhältnis zur Unterstützung zu lang. Zum 2. Punkt wurde von einem Mitgliede der Kommission (Welcher Kommission? Die Redaktion.) der Wunsch laut, die Versammlung möge der Kommission in Verbindung mit dem Vorstande mehr selbständiges Handeln und, falls es nötig werden sollte, bis zu einem gewissen Grade auch die nötigen Geldmittel nicht verwehren, um eventuell eine Agitationsreise in die benachbarten Brüche zu machen. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß in Oberfranken auch der Tarif gekündigt wäre, und es sei zweckmäßig, wenn die beiden Orte, falls es brieflich nicht angängig ist, sich einmal mündlich zu verständigen, denn in Oberfranken wird hauptsächlich nur Arbeit für Bremen und das übrige Norddeutschland angefertigt. Die Versammlung gab darauf einstimmig ihre Zustimmung und stellte der Kommission die Mittel zur Verfügung. Bis jetzt haben die Meister auf unsere Aufforderung noch nicht geantwortet. Nach ihrem Verhalten zu rechnen, wollen sie die ganze Angelegenheit auf die lange Bank schieben, damit sie mit der Bauhütte, der ebenfalls seitens der andern Gewerkschaften der Tarif gekündigt ist, vereinigt gegen uns gehen können. Auf alle Fälle dürfen wir nicht müßig bleiben und den Tarif zum baldigen Abschluß bringen. Im Punkt Verschiedenes wurde eine Lohnfrage zur Sprache gebracht. Auf Platz Schmidt u. Schäfer werden jetzt Gefirnische angefertigt, worin ein einfacher Zahnschnitt vorkommt. Nun will der Meister dies aber nicht als Zahnschnitt anerkennen; er hat eine ganz eigenartige Bezeichnung dafür: Pfeifenries.

Das macht aber eine Differenz von 30 Pfg. pro Stück. Es wurde beschlossen, die Kommission noch einmal hinzuschicken und, falls keine Einigung erzielt wird, den Instanzenweg zu betreten.

Chemnitz. Eine Steinarbeiter-Versammlung fand am Sonntag, den 24. Januar, statt. Der Kassierer verlas die Jahresabrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im weiteren wurde die vorläufige Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorgenommen, und wurde Kollege Wilmann durch Stimmzettel gewählt. Im Gewerkschaftlichen wurden die Nestanten verlesen, welche brieflich gemacht wurden. Es wurde noch ein vom Gastwirtsgehilfen-Verband eingegangener Brief verlesen, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß es ihnen von andern sehr erschwert wird, in ihrem Beruf zu arbeiten, indem viele, die ihrer Beschäftigung am Tage nachgehen, in der übrigen Zeit mit dem Bedienen der Gäste beschäftigt sind.

Essen. Am 31. Januar fand hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Unter dem 1. Punkt der Tagesordnung wurde Bericht von der Gaufonferenz erstattet. Aus demselben konnten wir so recht ersehen, was in unserm Gau noch für ein Arbeitsfeld betreffs Agitation vorhanden ist. Aber hier trägt auch wieder ein großer Teil der organisierten Steinarbeiter die Schuld mit an den traurigen Verhältnissen unsres Gaus, denn sonst wäre es nicht möglich, daß Städte wie Köln, Aachen, Arefeld, Andernach usw. einfach keinen Delegierten zur Gaufonferenz senden und daß die Zahlstelle werden als verloren angesehen werden muß, weil sie ihren Pflichten nicht nachkommt. Und wenn sich die Arefelder bessergestellten Kollegen sogar sagen, wir haben 45 Pfg. Stundenlohn, wir sind damit zufrieden, so sind sie auf der Höhe angekommen, wo wir ihnen ein Halt zurufen möchten mit dem Bemerken, bestimmt Euch! Und dieses Besinnung Euch gilt auch für die Essener Kollegen, die uns noch fern stehen, aber noch mehr für die hiesigen organisierten Kollegen, die ihre Beiträge wohl bezahlen, aber selbst nicht mal in den wichtigsten Versammlungen erscheinen und alles den lieben andern überlassen. Der Gewerbeinspektor wird jetzt in nächster Zeit wieder schriftlich auf die Bundesratsverordnung aufmerksam gemacht mit dem Bemerken, innerhalb vier Wochen unserm Wunsch, Bericht zu erstatten, nachzukommen. Im Punkt 2 gab der Kassierer die Abrechnung vom verfloßenen Jahre bekannt. Dieselbe wurde von den Revisoren für richtig erklärt. 3. Punkt: Neuwahl des Vorstands. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Hermann Neßhöfer, als Stellvertreter Wilhelm van Tred, als Kassierer Hermann Lambert, als Schriftführer Heinrich Bick, als Revisoren Wilhelm Weber und Fritz, als Kartelldelegierte Karl Wittmann und Dellsour, als Bauarbeiterdelegierter Richard Stelzer. Nach dem wurde der Kartellbericht bekannt gegeben und noch örtliche Angelegenheiten besprochen.

Freiburg (Baden). Am 24. Januar fand hier eine mächtig besuchte Mitglieder-Versammlung statt, die eine ziemlich reichhaltige Tagesordnung abzuwickeln hatte. Kassierer Kost verliest die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahmen, inkl. Kassenbestand vom 3. Quartal, betragen 510,98 Mk.; die Ausgaben 227,12 Mk.; bleibt ein Kassenbestand von 283,86 Mk. Die Richtigkeit der Abrechnung wird von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Im Bericht der Agitationskommission verliest Kollege Rudolf die verschiedenen Punkte, welche unsererseits als Forderungen an die Meister gestellt werden sollen. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Rudolf als Kandidat von hier aus einstimmig nominiert. Desgleichen wurde das Projekt eines Ausflugs angenommen und soll mit der Sammlung zur Bestreitung der Kosten jetzt schon begonnen werden. Da demnach die Wahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse stattfinden und wir bis jetzt fünf Vertreter hatten, wurden die Kollegen Rudolf, Kost, Droll, Waigandt und Kunzmann als Kandidaten bestimmt. Kollege Kunzmann ermahnt die Kollegen, die Arbeitszeit vom 1. Februar einzuhalten, wie sie voriges Jahr auf Wunsch der Meister angenommen wurde; auch sollen die Kollegen darauf bedacht sein, ihre Statistikkarten regelmäßig und genau auszufüllen. Mäße die Aufnahme des von der Agitationskommission ausgearbeiteten und demnachst zur Verbreitung gelangenden Flugblattes eine gute sein und alle Kollegen zu der Einsicht bringen, daß sie sich dem Verbands anschließen, dann sind wir schon ein gutes Stück auf unserm Wege vorwärts gelangt und werden durch Einigkeit auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen.

Greiz. Am 26. Januar tagte im Restaurant Zur scharfen Ecke in Greiz eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung, in welcher der Vertrauensmann seinen Jahresbericht vom 1903 erstattete. Nachdem der Bericht von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten. Wiedergewählt als Vertrauensmann wurde Kollege Reismann, als Kassierer Kollege Drechsler, zu Revisoren die Kollegen Kühn und Wunderlich, als Delegierter ins Kartell Kollege Reismann. Weiter wurde den Kollegen bekannt gegeben, daß der erneuerte Tarif dem Meister vorgelegt worden ist. Dem Kollegen Stodmann wurden für die entstandenen Schreibarbeiten 5 Mark bewilligt. Zum Schluß wurde noch zu pünktlicher Beitragszahlung ermahnt.

Hannover. Versammlung vom 16. Januar 1904. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung. Es ergab sich eine Gesamteinnahme von 1135,05 Mark, eine Ausgabe von 1044,31 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 90,74 Mark. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zum 2. Punkt, Vorstandswahl, stellte Kollege Brandt den Antrag, den alten Vorstand wiederzuwählen, was auch einstimmig geschah. Ferner wurde Brandt als Revisor gewählt. Kollege Wahl bringt zur Sprache, daß die Zahlstelle Braunschweig eingegangen ist, was von den reisenden Kollegen sehr empfunden wird, da Hannover nur zwei Tage ausbezahlt.

Hof (Bayern). Am 30. Januar 1904 tagte hier eine Steinarbeiter-Versammlung. Der Vorsitzende verlas zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 bezw. die Jahresabrechnung, welche sich in bester Ordnung befand, was durch die Revisoren bestätigt wird. Dem Kassierer wird hierauf Decharge erteilt. Von den anwesenden Kollegen wurde lobend anerkannt, daß derselbe die Kassenführung seit 10 Jahren in selbstloser Weise betätigt hat. Die Wahl ergab die bisherige Verwaltung: Kollege Schirlein als Vorsitzender, Karl Mergner als Kassierer, Fritz Wein und Schubert als Revisoren, Karl Frister mit dem Vorsitzenden als Kartelldelegierte. Im weiteren wird bekannt gegeben, daß ein Kollege (Schleifer) nach dem Statut wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden müßte; er soll jedoch nochmals auf die entstehenden Folgen aufmerksam gemacht werden. Auch wurde die Handlungsweise der Kollegen Spätling, Trampler, Kühnberger und Fleischmann (sämtlich Schleifer) scharf beurteilt, indem dieselben seit einem Jahre dem Verband den Rücken gekehrt haben, um so mehr, da dies auf die neuertretenden Kollegen in der Schleiferei einen Einfluß ausübt, der eben schädigend auf die Organisation wirkt. Es steht doch fest, daß die jetzt bestehenden verbesserten Arbeitsverhältnisse durch die Organisation geschaffen wurden. Betrachtet man die früher bestehenden Stundenlöhne und die Arbeitszeit mit der Gegenwart, so muß man sich sagen, daß es traurig um die Kollegen bestellt sein muß, die angeblich wegen den erhöhten Beiträgen nichts mehr bezahlen. Wir erwarten, daß sie ein Einsehen haben und sich dem Verbands wieder anschließen.

Horka. Wenn man die Verhältnisse in Horka einigermaßen im Licht betrachtet, so muß man sich sagen, daß die Arbeiter jeden Tag mit Lebensgefahr bedroht sind. Und warum? Weil es den Herren Unternehmern nicht einfällt, die Schießinstruktion einzuhalten; hauptsächlich Herr Leppfar. Es wäre nicht das erste Mal, wo bei dieser Firma Arbeitskollegen zum Krüppel geworden sind. Voriges Jahr, im Herbst, hat sich ein Kollege beim Ausbohren eines geladenen Sprengloches eine schwere Verletzung zugezogen. Da nun die Brüche kaum

50 Meter voneinander entfernt sind, so kommt es vielfach vor, daß Sprengstücke von einem in den andern Bruch geschleudert werden. Auch das Signalisieren und Schießen ist gewöhnlich eins. Wenn die Herren keine Aenderung schaffen, müssen wir uns an die Gewerbeinspektion wenden. Da wir in Horla keine Gelegenheit haben, da uns kein Lokal zur Verfügung steht, müssen wir uns vorläufig mit Bubenreden begnügen.

Häselicht (Schlesien). Am 24. Januar fand im Saale des Herrn Seidel in Bohraufersdorf eine Steinarbeiterversammlung statt. Unter Punkt 1 gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Einnahme im 4. Quartal 347,56 Mk., Ausgabe 224,41 Mk., Bestand 115,15 Mk.; Einnahme der Krankenkasse 617,27 Mk., Ausgabe 16,80 Mk., Bestand 600,47 Mk. Punkt 2: Vorstandswahl. Es wurde Karl Schiller als Vorsitzender, G. Jakob als Kassierer und J. Reich als Schriftführer wiedergewählt. Als Revisoren wurden Schramm und Günzel gewählt. Im Bericht wurden Reimann und Scholz als stellvertretende Delegierte und der Vorsitzende Karl Schiller als Delegierter zur Gaukonferenz gewählt. Im vergangenen Jahre hat sich die Zahl der Mitglieder verdoppelt, möge es in diesem Jahre auch der Fall sein.

Löbejün. Die Verhältnisse haben sich bis jetzt noch nicht sehr gehessert. Die Löhne sind immer noch so, daß man kaum auskommt. Bis nach Weihnachten ist stets bei Licht gearbeitet worden und es ist demnach fast alle Arbeit fertig geworden. Das ist jetzt recht zu spüren. Wie die Werkstätten vom Feil fallen, müssen sie bearbeitet werden, ohne daß es Vorfierzulage gibt. Daß wir eine Zahlfeststellung gegründet haben, hat der Techniker Bauer erfahren und er hat deshalb sich ausgesprochen: Wenn ich erfahre, wer jetzt die Unzufriedenheit unter Euch bringt, den bringe ich beiseite fort. Als erster wurde Kollege Fischer entlassen. Es sollen noch ein paar andre auch auf diese Weise fliegen. Er wird aber kein Stück haben. Herr Bauer denkt, die Niederbahren lassen sich alles bieten, denn sie sind nicht zur Organisation zu gewinnen. Deshalb sind die Kollegen aus Bahern gewarnt. Es ist überall bedeutend besser als in Löbejün. Wägen deshalb die Kollegen Löbejün meiden.

Ludwigshafen. Am Sonntag, den 24. Januar, fand die Generalversammlung der Zahlstelle Ludwigshafen statt. In den Vorstand wurden gewählt: Konrad Stimpert, Vorsitzender; Maier, Kassierer; G. Willmann, Schriftführer; Karl Orschieb, Jakob Orschieb, Weisiger, Johann Umer, Anton Kurz, Revisoren. Die Generalversammlung war sehr schwach besucht, was sehr bedauert werden muß. Die Kollegen meinen, wenn sie nur im Verband sind, in die Versammlung brauchen sie nicht zu kommen. Es wäre doch endlich an der Zeit, daß alle Kollegen in die Versammlungen kommen, damit man sich gegenseitig ausprechen kann und das brüderliche Band fester schnüren, damit wir sagen können, wenn es einmal zu einem Kampfe kommt: Einer für Alle und Alle für Einen!

Weißfen. Freitag, den 29. Januar, fand in der Weintraube eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1. Mißstände auf Werkplatz Köhler, wurde die Firma Köhler einer derben Kritik unterzogen. Besonders wurde hervorgehoben, daß Herr Köhler, aus Mangel der Gewohnheit, in auswärtigen Blättern nach Steinmetzen annonciert, besonders die finsternen Gegenden mit Vorliebe berücksichtigt. Daß die Firma Köhler kein Eborado für Arbeiterfreundlichkeit ist, beweist schon der Umstand, daß sie regelmäßig im Fachorgan vertreten ist. Wohl keine Firma Deutschlands ist so bekannt, wie die Firma Köhler, dem fortwährend liegt sie mit den Arbeitern in Lohnstreitigkeiten. Leider finden sich noch viele Kollegen, die durch derartige Zeitungsinserate auf den Leim gehen. Schon mancher, der deshalb hierher gereist, reiste bitter enttäuscht über die hiesigen Verhältnisse gleich wieder ab. Herr Köhler versteht es auch, um anfangs derartige Kräfte nicht hoffnungslos zu machen, die ersten Stüde nach dem alten Tarif zu bezahlen, da jehziger besser ist als der jetzige. Jeder Kollege, der auf solches Arbeitsangebot auf den Leim geht, lasse sich dieses zur Mahnung dienen. Zu Punkt 2 wurden zwei Anträge zum Verbandstag einstimmig angenommen: 1. Mitglieder, welche wegen rückständiger Beiträge gestrichen worden sind, haben bei Wiedereintritt das doppelte Eintrittsgeld zu zahlen. 2. Die Reiseunterstützung von 36 auf 54 Mark resp. von 60 auf 90 Tage auszudehnen. Als Delegierter zum Verbandstag betr. wurde beschlossen, mit dem im Wahlbezirk befindlichen Zahlstellen in Verbindung zu treten. Verügt wurde nochmals das Verhalten des Verbandsvorsitzenden während des hiesigen Streiks.

München. Fortsetzung der Generalversammlung vom 16. Januar 1904. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten von der Gaukonferenz in Helheim; 2. Stellungnahme zur Wahlkreiserteilung der Delegierten zum Verbandstag; 3. Berichtserstattung von der Platzvertreterkonferenz am 11. Januar. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Erlacher als Delegierter Bericht über den Verlauf der Beratungen bei der Konferenz, ebenfalls der Vorsitzende Juds. Es wurde betont, daß der Bericht über die Gaukonferenz sehr mangelhaft ausgefallen und dieses im heutigen Versammlungsbericht zu ergänzen sei. Im weiteren gab der Gauleiter, Kollege Mittenmeier, einen ausführlichen Bericht über die Konferenz. Er behauerte das Nichtsichere seitens der Zentralleitung. Nach sachlicher Erläuterung der Anträge, welche bei der Konferenz gestellt wurden, sprach die Versammlung den Delegierten ihren Dank aus, und wurde in die Diskussion eingetreten. Die Anträge von der Gaukonferenz wurden von der Versammlung für gut befunden. Zur Anschaufung des nötigen Materials für den Gauvorstand wurden pro Mitglied und Quartal 5 Pfg. genehmigt. Mit der Wahlkreiserteilung erklärt sich die Versammlung nicht einverstanden und hofft, daß unserm Gau zwei Delegierte zugesichert werden. Punkt 3 wurde nach lebhafter Debatte für die nächste Versammlung zurückgestellt.

Neusorg. Die Zustände in dem hiesigen Granitwerk sind sehr traurige. Denn vor allem herrscht großartiger Steinsmangel, welcher leicht zu verhüten gewesen wäre, wenn die Firma resp. das Verwaltungspersonal im Sommer, wo die Arbeit schon bestellt war, anders gehandelt hätten. Damals hat man die Tagelöhner entlassen, bevor man daran gedacht hat, einen Steinbruch ab- oder auszuräumen. Jetzt, zur Winterzeit, läßt sich dies nicht so leicht machen, was jedem Kollegen einleuchtend ist. Daher kommt es, daß Kollegen zwei bis drei, auch manchmal vier Tage auf Stüde warten müssen, was in Winterzeit und bei den vielen Feiertagen die Kollegen zwingt, oft Schulden zu machen. Das Verhalten des Poliers resp. des Werkführers läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Auch muß noch betont werden, daß wir 14tägige Zahlung haben und es früher am Sonnabend vor der Lohnung Vorfuß bis zu 20 und 25 Mk. gab. Das hat sich jetzt aber geändert, jetzt gibt es abwechselungsweise 5 Mk., selten 10 Mk. Hoffentlich werden durch die Organisation diese Zustände geändert.

Rebra (Unstrut). Am 25. Januar fand eine Versammlung der Steinarbeiter statt, welche schwach besucht war. Es scheint, als wenn es den Kollegen hier zu gut ginge. Der Vertrauensmann verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, und wurde selbigen Decharge erteilt. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, wobei Peter Rebra als 1. Vorsitzender, Kollege Salzmann als Kassierer und Otto Schlaf als Schriftführer, die Kollegen Reinboth und Sebastian als Revisoren gewählt wurden. Auch wurde Frage über schlechte Einhaltung des Tarifs geführt. Es wurde der Versammlung ans Herz gelegt, daß jeder den Tarif durchdrücken soll und nicht bloß immer sich auf einige verlassen soll. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Rebra vorgeschlagen.

Dreierwäldchen. Am Sonntag, den 24. Januar 1904, tagte in der Dreierwäldchen Gastwirtschaft in Dörpe eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Unterm ersten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal; diese war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Dem

Kassierer wurde Decharge erteilt. Punkt 2: Vorstandswahl. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Karl Lude, Bensch, Fr. Gameln; als 2. Vorsitzender Hermann Bürger, als Kassierer Julius Bergen; als Revisoren wurden die Kollegen Fritz Klaus und Sagediel gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde ein Antrag eingebracht, daß von jetzt ab jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung stattfinden soll. Sodann wurde noch beschlossen, ein Winterbergnügen abzuhalten, das am 21. Februar stattfinden soll.

Dresden. Die Steinarbeiter Dresdens hielten am Donnerstag, den 28. Januar, im Volkshaus ihre Jahresversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben; 2. Wahl der Revisoren; 3. Wahl von 2 Mitgliedern zum Agitationskomitee; 4. Vorschläge der Delegierten zum Verbandstag; 5. Anträge zum Verbandstag; 6. Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann Kollege Seidel berichtete zunächst ausführlich über das verfloßene Jahr. Er erinnert an den Streit bei Schulze, der uns die Vorteile brachte, daß Schulze der Vereinigung beitrug und folgedessen den örtlichen Tarif bezahlen muß. Doch auch dieses weiß Herr Schulze leicht zu hintergehen, indem er die meisten Arbeiten in den Brüchen fertigstellen läßt. Weiter bringt er die Vorkommnisse an der Strehlener Kirche zur Sprache und ermahnt die Kollegen, in Zukunft vorsichtiger und taktvoller zu handeln, um uns vor weiteren Niederlagen zu bewahren. Auch fanden mehrere Bausperren wegen Nichtbezahlung des Tarifs statt, welche zu unsern Gunsten erledigt wurden. Besonders scharf beurteilt Kollege Seidel die Bauarterei und nennt sie einen Nagel zu unserm Sarge; es gibt viele von unsern Kollegen, welche früher in unsern vordersten Reihen standen, die sich heute Unternehmer nennen und die Schmuckkonkurrenz so weit treiben, daß an ein Bezahlen des örtlichen Tarifs gar nicht zu denken ist. In Anbetracht der noch großen Arbeitslosigkeit schlägt Kollege Seidel vor, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden, die Arbeitszeit auf 8 Stunden zu verkürzen. Zum Schluß fordert er die Kollegen auf, die Versammlungen in Zukunft recht zahlreich zu besuchen und die Pflichten, die ihnen der Verband auferlegt, zu erfüllen. Auf Wunsch der Versammlung berichtet der Vertrauensmann, die Statistik in der Sächsischen Arbeiterzeitung zu veröffentlichen. Hierauf gibt der Kassierer Kollege Schönert den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme betrug 19 508,07 Mk., die Gesamtausgabe 18 404,06 Mk. Er berichtet ausführlich über die außerordentlich hohen Ausgaben, indem er der Versammlung alle Posten spezifiziert verliest und alle von der Versammlung gestellten Fragen auf das genaueste beantwortet. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Angaben und bekunden, alles in peinlichster Ordnung befunden zu haben. Ein Antrag, die Jahresabrechnung für die Zukunft 14 Tage vor der Jahresversammlung auf sämtlichen Plätzen und Werkstätten zu verteilen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde der Vertrauensmann und Kassierer entlastet. In der Diskussion über die Neuwahlen wurde beschlossen, vom 1. April 1904 ab die beiden Posten Vertrauensmann und Kassierer zu vereinigen, dafür aber den Gauleiterposten wegzulassen. Einstimmig wurde Kollege Seidel wiedergewählt. Kollege Schönert wurde beauftragt, die Kassenbücher bis 1. April weiter zu führen. Als Revisoren wurden die Kollegen J. Jahr, Steglich und Elser wiedergewählt. Als Weisiger ins Agitationskomitee wurden die Kollegen Pfeich und Wedrich und als Ersatzmann Kollege Müller gewählt. Als Delegierte zum Verbandstag wurden die Kollegen Seifert, Fittel, Seidel, Jahr, Pfeich und Elser, letzterer als Marmorarbeiter, vorgeschlagen. Anträge zum Verbandstag wurden folgende gestellt: 1. Der Verbandstag wolle beschließen, den Steinarbeiter (unser Fachblatt) aus Verleumdungs- und agitatorischen Gründen obligatorisch einzuführen. 2. Der Verbandstag wolle beschließen, daß sich die Steinarbeiter Deutschlands dem Kartellvertrag der Bauarbeiter anschließen. 3. Die Reiseunterstützung zu ändern in Kilometergeld (pro Kilometer 2 Pfg.). Weiter hält man es für angebracht und notwendig, daß der Verbandstag der Tageslohnfrage nähertritt. Im Gewerkschaftlichen bringt der Vertrauensmann den Streit bei der Firma G. Stein zur Sprache. Der Streit dauert unverändert fort. Herr Stein sucht in auswärtigen Blättern Arbeitswillige, doch sind Streikbrecher noch nicht zu verzeichnen. Weiter wird der Vertrauensmann beauftragt, beim Gewerbeinspektor vorstellig zu werden, daß dieser die Unternehmer an ihre Pflicht erinnere, betreffs Einhaltung der Bundesratsverordnung. Besonders Herr Spitzbart müte seinen Leuten zu, in einer ungeheizten und ungelüfteten Frühstücksstube ihre Mahlzeiten einzunehmen. Bei Beschwerden seitens der Kollegen heißt es kurz, wer friert, bringe sich Kohlen mit oder gehe seiner Wege. Auf Anfrage aus der Versammlung, ob bei der prozentualen Beitragsleistung das Krankengeld zu versteuern sei, wurde beschlossen: zu versteuern ist der volle Lohn, also Krankengeld mitgerechnet. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Potsdam. Am 25. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Nach Verlesung des Protokolls gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit derselben bekundet, wird dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann wurde die Zahlungsäumigkeit verschiedener Kollegen scharf kritisiert und beschlossen, an dieselben eine letzte Aufforderung ergehen zu lassen. Nach Aufnahme eines neuen Mitglieds schritten wir zur Neuwahl des Vorstandes; dieselbe ergab: als Vorsitzenden Senföber, Kassierer Wesser, Schriftführer Schaefer, als Revisoren die Kollegen Lindemann und Demme. Als Delegierter zum Gewerkschaftskartell wurde Kollege Fimob gewählt. Es erfolgte dann der Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die eventuelle Abhaltung einer Gaukonferenz. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Wolf, Brandenburg, vorgeschlagen. Nach einer Aufforderung, einzelne Kollegen an ihre Pflicht betreffs des Versammlungsbesuchs zu erinnern, erfolgte Schluß der Versammlung.

Radolfzell. Bericht der Generalversammlung am 9. Januar 1904. Die Jahresabrechnung wurde verlesen. Der Kassenbestand beträgt 15,14 Mk. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die früheren Vorstandsmitglieder wiedergewählt, nämlich die Kollegen Hartmann, Grimm und Baumann. Es kam auch zur Wahl eines Mitglieds. Als solcher wurde Kollege Pfeiffer anerkannt, welcher auch das Amt eines Statistikers übernahm. Im Laufe dieser Woche sahen wir uns zweimal veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Das erste Mal am Montag, und zwar weil allen Kollegen am Zahltag 5 Pfg., einigen sogar 8 Pfg., abgezogen wurden. Der Meister versprach, den gleichen früheren Lohn wieder weiter zu zahlen, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Das zweite Mal kam dies vor am Freitag, weil uns der Meister Girling absolut Afford aufbürden wollte. Durch Vermittlung des bischöflichen Bauführers wurde auch diesmal nach zweitägiger Arbeitsruhe die Arbeit wieder aufgenommen. Meister Girling hat im Schwarzwälder Boten 20 bis 30 Steinhauer ausgeschieden für den Kirchenbau. Wir warnen deshalb alle Kollegen vor dem Kirchenbau in Radolfzell.

Radolfzell. Am Sonnabend, den 23. Januar, wurde unser Vorsitzender, Kollege Hartmann, und der Schriftführer entlassen. Es sind dies Kollegen, welche bei den letzten Bewegungen an der Spitze standen. Der Kassierer und die beiden Revisoren wurden schon am Dienstag entlassen. Deshalb kam es zur Neuwahl des ganzen Vorstandes. Von einigen Kollegen wurde die Anregung gemacht, die Zahlstelle fallen zu lassen. Es wurde dies aber abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, einen Artikel an den Volksfreund einzuschicken. Meister Girling beabsichtigte, unsere Zahlstelle zu sprengen, der organisierten Kollegen sich zu entledigen und unorganisierte Individuen herbeizuziehen. Es sei also jeder Kollege gewarnt, auf die Ausschreibungen zu achten und Radolfzell so gut wie möglich zu meiden.

An dieser Stelle danken wir nochmals den gemäßigtesten Kollegen für das mannhafteste Eintreten für unsere gute Sache. Wir sprechen ihnen für ihre mühevolle Arbeit an der hiesigen Zentrale unsern herzlichsten Dank aus und empfehlen sie bestens jeder Gewerkschaft.

Niesla. Am 18. Januar tagte im Poetenrestaurant eine leider sehr mäßig besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung. Unterm 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Quartalsabrechnung vom Kassierer bekannt gegeben und demselben nach einigen auffällenden Bemerkungen Decharge erteilt. Einer herben Kritik wurden die durch den großen Vertrauensbruch des früheren Vorsitzenden Ebel herbeigeführten Unregelmäßigkeiten unterzogen. Anschließend daran entspann sich eine rege Debatte über die der örtlichen Verwaltung nach dem Statut zustehenden 5 Prozent; doch wurde ein Antrag dahingehend angenommen, dieselben auch fernerhin dem Vorsitzenden und dem Kassierer zu gewähren. Unterm 2. Punkt: Bericht der Tarifkommission, wurde vom Kollegen Runge das Ergebnis der mit den Arbeitgebern stattgefundenen Verhandlung bekannt gegeben. Die Versammlung gibt nach reger Aussprache der Tarifkommission anheim, die früher schon gezahlten, durch die Krise aber verloren gegangenen 10 Prozent Erhöhung möglichst wieder anzuführen. Zur Verbollständigung und an Stelle eines durch Abreise ausgeschiedenen Kollegen wurden die Kollegen Kühne und Grünelt einstimmig gewählt. Punkt 3: Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. Drei Kollegen wurden vorgeschlagen und Kollege Grünelt mit Stimmenmehrheit gewählt. Da Niesla nach dem Entwurf doch mit einem Delegierten berücksichtigt werden soll. Derselbe soll beantragen: „Der Verbandstag wolle beschließen, die Zahlstelle Niesla von dem durch die Schuld Ebel's bei der Zentralleitung entstandenen Fehlbetrag in Höhe von 180,48 Mark zu entlasten.“ Im Gewerkschaftlichen wurde beschlossen, für die drei tranken Kollegen Sammelkisten anzuführen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, zur Unterstützung der Kranken eine eigne Kasse zu führen und eine wöchentliche Beisteuer von 10 Pfg. pro Mann zu entrichten.

Stuttgart I. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem die Einzahlung und Abrechnung der Hilfskassierer mit dem Zahlstellenkassierer stattgefunden hatte, erfolgte der Vorstandsbericht, aus welchem zu ersehen war, daß hier und in der Umgebung tüchtig agitatorisch gewirkt wurde. Außer den regelmäßigen 14tägigen Mitgliederversammlungen haben 5 öffentliche sowie viele Platz- und auswärtige Versammlungen stattgefunden, was zu dem Resultat führte, daß wir mit 34 Kollegen in die neue Verbandsform übertraten und jetzt die Zahl auf 120 gestiegen ist. Revisor Moger erstattete Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal. Neben andern Berichtigungen bemerkte er, daß sich die Buchführung und das sonstige Verwaltungsmaterial in bester Ordnung befindet, worauf dem Kassierer durch Erheben von den Eigen Decharge erteilt wird. Anschließend gab der Kassierer den Rechenschaftsbericht. Gewählt wurden die Kollegen Fr. Weber als Vorsitzender, C. Franz Glos als Kassierer und Muser als Weisiger, Moger und Klingler als Revisoren und Joh. Wolf als Verbreiter des Fachorgans. Es wurde beschlossen, im Laufe des Frühjahrs die Hilfskassierer zu wählen. In Verschiedenem werden noch wichtige örtliche Angelegenheiten erörtert, so z. B. schlägt Rothmund über das neue Krankentafelwesen. Alsdann schlägt Kollege Jauth vor, den Ausschußmitgliedern für ihre Tätigkeit eine kleine Gratifikation zukommen zu lassen; dem wurde zugestimmt.

Würgburg. Am 17. Januar tagte im Gasthaus zur blauen Glocke eine Mitgliederversammlung, die leider schlecht besucht war. Als Vertrauensmann wurde Kollege Joseph Sauter, als Kassierer mit Majorität unser früherer Kassierer Brust wiedergewählt, als Schriftführer Georg Engel, als Revisoren Kuppelmann und Dematin, als Delegierter zur Generalversammlung wurde Georg Engel vorgeschlagen. Weiter wurde beschlossen, daß der Delegierte bei der nächsten Generalversammlung vorbringen möchte, daß das Fachblatt obligatorisch eingeführt werden soll. Im Verschiedenen wurde über die Weltfirma Hoffsteinmeister Schilling debattiert, da dieselbe auch in hiesiger Gegend versteht, die Leute ungünstig zu entlohnen.

Alt-Warthau. Sonntag, den 24. Januar, tagte hier eine sehr gut besuchte Distriktsversammlung der Orte Bunzlau, Warthau, Radwiz, Plagwitz, Deutmannsdorf und Godenau. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde der von der Kommission ausgearbeitete Tarif vorgelegt und sodann mit feiner Abänderungen angenommen. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, den jetzt bestehenden Tarif zum 1. Februar zu kündigen. Im zweiten Punkt wurde der Vorschlag, die Distriktsversammlungen nur in Bunzlau stattfinden zu lassen, abgelehnt. Als Delegierte für den Verbandstag wurden vorgeschlagen die Kollegen Schlüter, Wirtner, Rade und Braun. Von einigen Kollegen wurde die bisher offengebliebene Frage der Beteiligung des Gauleiters am Verbandstag angeregt. Zum Schluß wurde den Brechern empfohlen, ihre Tarifverhandlungen gleichzeitig mit den Steinmetzen zu beantagen.

Alt-Warthau II. Am 21. Januar fand im Lokale des Herrn Stanka eine Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung bekannt gegeben, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Vorstand wurde hierauf Decharge erteilt. Zum Punkt Tarifangelegenheit wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche einen neuen Tarif auszuarbeiten hat. Als Vorstand wurde Kollege Hiede einstimmig wiedergewählt. Einem Bittgesuch eines kranken Kollegen wurde stattgegeben; es wurden ihm 20 Mark bewilligt. Es wurde beschlossen, eine Liste auszulegen und das Fehlende aus der Kasse zu decken.

Wittenberg. Am 24. Januar 1904 fand im Restaurant zur Einigkeit eine gut besuchte Stein- und Marmorarbeiterversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 verlas der Kassierer, und wurde dieselbe von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Franz Walter als 1. Vorsitzender und Robert Schlimmann als Kassierer wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Schleicher und Säring gewählt. Eine längere Debatte entspann sich über die Auszahlung der Reiseunterstützung, und wurde beschlossen, dieselbe Wochentags auf dem Platz Kolhardt vom Kollegen Franz Walter auszahlen zu lassen.

Zur Delegiertenwahl.

Wer die Nummer 2 des Steinarbeiter zur Hand nimmt und den Artikel von Brandenburg liest, wird nicht finden, daß hier mit einem Delegierten aufgemerkt wird; auch ist derselbe nicht geeignet, die Kollegen der Provinzialstädte, besonders die von Stettin, in Harnisch zu bringen. Zimmerhü ist es ja besser, wenn eine Erwiderung erfolgt, und wenn noch so viel daneben gehauen wird, als wenn man sich, wie von anderer Seite, einfach hinter einem „Rannit-verstahn“ verschänzt. Abgesehen von dem derben Ton, halte ich es immer noch für möglich, mit den Stettiner Kollegen gut Freund zu werden, da wir in verschiedenen Punkten übereinstimmen. Bei der Aufstellung eines Kandidaten unsererseits hat niemand ernstlich daran gedacht, daß derselbe nun auch gewählt wird, da hierin die Kollegen von Berlin I maßgebend sind, aber nach ihrer bisherigen Stellung hierzu nicht daran zu denken war. Ueber derartige Ausdrücke, wie „glängen“ usw., sind wir ja längst hinweg. Da nun bei der Aufstellung der Kandidaten in zweiter Linie auf einen Kollegen aus den Provinzialstädten Bedacht genommen werden soll, so müßten auch

dort Kollegen aufgestellt werden. Da uns nun von keiner Seite derartige Vorschläge gemacht sind, so haben wir es getan und den andern Orten davon Mitteilung gemacht. Daß wir damit als die ersten auf dem Plane erschienen, kann uns doch nicht zum Vorwurf gemacht werden. Die Gauleitung hat ja jetzt Mundfragen erlassen, also sie kommt, wenn auch spät, kann aber im übrigen nicht viel machen, denn ehe die Gaufkonferenz zusammentritt, ist die Delegiertenwahl vorüber. Sodann sind ja auch die Kollegen in der Gauleitung an zwei Wahlkreisen beteiligt und werden auch als einzelne Mitglieder die von ihrer Zahlstelle vorgeschlagenen Kandidaten wählen. Sollte Berlin I auf einen Kandidaten aus den Provinzialstädten keinen Vorschlag nehmen, so ist es immer noch Zeit, das letztere sich auf einen Kandidaten einigen, welchen sie alle an zweiter Stelle wählen, um so wenigstens mit einer erheblichen Minorität zu demonstrieren. Wir treten gern zurück zugunsten eines andern Kandidaten, wenn derselbe mehr Aussicht hat, gewählt zu werden. Daß wir auch der Kollegen jenseits der Oder gedanken, beweist, daß hier die Anregung gemacht ist, Stettin als Verhandlungsort der Gaufkonferenz vorzuschlagen.

Brandenburg a. S. L. . . . s.

Zur nächsten Generalversammlung.

In diesem Frühjahr findet unsere erste Generalversammlung statt. Das ist sehr erfreulich, weil da verschiedenes verbessert werden kann. Aber das eine, was uns in Süddeutschland, hauptsächlich in unserm guten badischen Ländchen, von Seiten des Zentralvorstandes, zuteil wurde, daß auf ganz Baden ein Delegierter kommt, ist uns in der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe sehr peinlich. Was sollen wir von dem Odenwald erwarten? Es wäre sehr angebracht gewesen, wenn die Wahlkreiseinteilung geblieben wäre, wie sie vom Zentralvorstand im Jahrgang, in Nr. 50, angelegt war. Auch begreife ich unsere Gauleitung nicht, daß die Gaufkonferenz nicht vor Festsetzung der Wahlkreiseinteilung abgehalten wurde, denn wenn so wichtige Fragen zu beraten sind, hätte man das erwarten sollen. Hoffentlich wird die kommende Generalversammlung nach dieser Richtung eine Aenderung bringen und den Verband zweckentsprechend ausstellen. Ferner möchte ich noch den Delegierten die Verbandskrankenkassensache empfehlen, hoffentlich tritt man diesem Punkt näher, wenn auch jetzt kein Antrag vorliegt. Es wäre ganz wünschenswert, denn andere Verbände haben ja auch die Krankenkassen, warum nicht auch die Steinarbeiter. Hoffentlich werden meine Worte Anklang finden und ich wünsche der Generalversammlung besten Erfolg.

Karlsruhe. Joh. Schneider.

Zur 1. Generalversammlung der Steinarbeiter Deutschlands.

Befremdlich muß es erscheinen, daß, nachdem der letzte Kongreß beschloß und auch das Statut befragt, die Generalversammlung des Verbands der Steinarbeiter Deutschlands habe im Februar stattzufinden, der Zentralvorstand jetzt erst die nötigen Vorbereitungen dazu trifft. Wie sich nun die breite Masse der Steinarbeiter in der kurzen Zeit vor der Generalversammlung mit den gesamten Anträgen eingehend beschäftigen soll, ist wohl auch nur dem Zentralvorstand klar, der ganz vergessen zu haben scheint, daß jetzt schon der Lohnbewegung, Tarifkündigung und anderer Sachen wegen in verschiedenen Orten Versammlung auf Versammlung folgt. Aber weil man verkannt hat, früher die ganze Sache in die Wege zu leiten, ich erinnere daran, daß die Einteilung und Reglement zu den Delegiertenwahlen zum Kongreß Pfingsten 1902 schon am 5. Oktober 1901 erfolgt sind, wird man sich hier ausnahmsweise einmal an das Statut halten, ohne das Praktische dabei ins Auge gezogen zu haben. Oder will man, daß die breite Masse sich weniger eingehend mit den Anträgen beschäftigt und nur die Generalversammlung sich damit befaßt?

Man hätte meinen sollen, daß bei der Verbandsform, bei der nach Aussage gerade der Personen, welche die Sache jetzt leiten, alles Klappen muß, alles wie am Schnürchen gehen sollte, aber es läßt sich ohne Kenntnis einer Sache viel reden, aber nachher hapert es an allen Enden. Es hätten also die Bekanntmachungen zur diesjährigen Generalversammlung, welche bis jetzt erfolgt sind, schon mindestens im November v. J. erfolgen müssen, damit die dabei interessierten Steinarbeiter sich eingehend mit allem beschäftigen konnten.

Da die Sachlage aber nun einmal so ist, so mögen die Steinarbeiter Deutschlands die kurze Spanne Zeit benützen, um rege und in eingehender Weise die veröffentlichten Anträge zu diskutieren und für das Vorteilhafte derselben einzutreten.

H.

4. Gau.

Tätigkeitsbericht des 2. Halbjahres.

Die Tätigkeit der Gauleitung war im Berichtshalbjahr den Verhältnissen angemessen eine umfangreiche. Der Drang sich zu organisieren, regt sich immer mehr bei den Kollegen, und namentlich ist es die Hartsteinindustrie, die ein reiches Arbeitsfeld bietet. Die Herren Unternehmer sorgen in ihrer Profitgier schon dafür, daß unsere bis jetzt so lauen Kollegen allmählich zur Vernunft kommen; allerdings sind sie auch sofort wieder bereit, mit allen nur möglichen Mitteln den sich regenden organisatorischen Geist der Arbeiter zu bekämpfen, gleich im Keime zu ersticken. Namentlich in Röhricht bei Wurzen, wo wir im März eine Zahlstelle gründeten, die sich erfreulicherweise bis zu einem Mitgliederstand von ca. 500 Mann entwickelte, scheint sich ein Unternehmer, einstmaliger Feldwebel, jetzt Direktor einer von ihm gegründeten Aktiengesellschaft, etwas besonderes leisten zu müssen, indem er unsere dort führenden Kollegen einfach maßregelt. Dieser Herr scheint das Recht, Gesellschaften zu gründen, um das Kapital ertragsfähiger zu machen, dann aber auch, um den Arbeiter an seine Arbeitsstelle zu bannen, für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen, während er den ausgepöbelten Arbeiter, sobald dieser versucht, durch Beitritt zur Organisation seine Lage zu verbessern, bekämpft. Man sollte nun meinen, die dortigen Kollegen würden aus diesem Gebaren des Unternehmers eine Lehre ziehen, aber statt dessen scheint ein großer Teil wieder seiner alten Lehrgänge verfallen zu sein, was der Unterschied in der Beitragsleistung zwischen dem 2. und 3. oder gar erst dem 4. Quartal bekundet. Hoffentlich nehmen es die Kollegen wieder ernst mit ihren Pflichten, die sie mit Eintritt in den Verband übernommen haben.

In Löbejün, welche Zahlstelle wir in unserm ersten Halbjahrsbericht in der Verlustliste mit anführen mußten, scheint auch wieder ein unfreiwilliger Agitator, in Gestalt eines allzu schneidigen Unternehmervertreters, seine segensreiche Tätigkeit

entfaltet zu haben, denn auch die dortigen Kollegen fühlen nun wieder das Bedürfnis, sich zu organisieren. Sie haben eingesehen, daß sie, trotzdem sie der Organisation den Rücken kehren, das steinharte Herz ihrer Unternehmer auch nicht erweichen können. Man könnte hier fast in Versuchung kommen, schadenfroh zu sein, wenn man sich nicht selbst seiner traurigen Lage bewußt wäre. Hoffentlich bringen sie uns das nötige Interesse entgegen, wenn wir in nächster Zeit dort einsehen.

Auch im Pfälzersteingebiet Grimma, wo laut Situationsbericht von 1900 (Protokoll vom 10. Kongreß, S. 84), der Boden für eine gedeihliche Entwicklung unserer Organisation noch nicht vorhanden war, haben wir festen Fuß gefaßt und Anfang November eine Zahlstelle gegründet, deren stetige Entwicklung die besten Garantien bietet für die Gewinnung des ganzen Gebietes.

Leider haben es jetzt die Sandsteine in Grimma, die von Leipzig aus als organisiert nach dort gingen, nicht mehr nötig, dem Verbandsangehörigen, sie scheinen sich sehr gut mit ihren Unternehmern zu verstehen; statt als Kulturträger zu wirken, dem Pfälzersteinarbeiter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, schlafen sie den Schlaf des Gerechten; es wird aber auch für sie wieder die Zeit der Erkenntnis kommen.

Im Granitgebiet Neudach-Brandis scheint sich auch wieder ein regerer Geist zu betätigen, denn auch die dortige Zahlstelle macht wieder, wenn auch langsam, stetige Fortschritte.

In Schreiersgrün, das ziemlich das ganze Jahr unter dem Zeichen einer Lohnbewegung stand, die aber am 13. Oktober mit einer geschickten Unterhandlung unter Vermittlung des Herrn Amtshauptmanns v. Schwarzenberg endete, scheinen es die Kollegen auf Grund dieses ansehnlichen Mißerfolges mit ihren Pflichten nicht mehr so genau zu nehmen. Nicht nur sehen wir es schon als einen teilweisen Erfolg an, wenn seitens der Behörde die Autorität unseres Verbandes anerkannt wird, sondern, wenn die Kollegen die so mühsam erzwungene Position wieder aufgeben wollen, werden sie niemals erreichen, daß sich ihre Unternehmer zu einer Unterhandlung wieder herbeilassen; die werden dann vielmehr die Uneinigkeit und Gleichgültigkeit sofort für sich auszunutzen verstehen. Hoffentlich bestimmen sich die Kollegen wieder eines besseren.

Außer in vorgenannten Hartsteingebieten hatten wir in den Sandsteingebieten der Magdeburger Umgebung und in den Porphyrbächen in Silberdorf bei Chemnitz versucht, durch gründliche Verbreitung eines Flugblattes mit anhängender Bundesratsverordnung Aufklärung zu schaffen, um eventuell Boden zu gewinnen. Die Arbeiten wurden von den Vertrauensleuten der dortigen Zahlstellen ausgeführt. Während nun in erstgenanntem Gebiet der erwartete Erfolg ausblieb, wurde in letzterem, eine Woche nach erstatteter Anzeige, auf Grund des gefameltsten Materials die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Leider kann noch ein großer Teil der dortigen Kollegen den Wert einer kürzeren Arbeitszeit gar nicht erkennen; es läßt sich aber in Ermangelung geeigneter Lokale die hier so sehr notwendige mündliche Agitation schwer entfalten. Es soll aber nichts unversucht bleiben, auch die dortigen Kollegen für unsere Sache zu gewinnen.

Von Nebra aus wurde im Frühjahr auch in Freiburg am der Anstrut erfolgreich eingesetzt und im Herbst eine Lohn-differenz zugunsten der Kollegen geregelt.

So hat sich denn unsere Tätigkeit hauptsächlich auf vorgenannte Gebiete und Orte erstreckt. Wenn nun vielleicht einige Zahlstellen glauben, etwas stiefmütterlich behandelt worden zu sein, so möchten wir uns mit folgendem entschuldigen: wir waren in dem Glauben, daß verschiedene größere Zahlstellen älteren Bestehens, wo größtenteils alles organisiert ist, einer größeren Beachtung unsererseits nicht bedürfen, da ja meistens ältere und erfahrenere Kollegen mit der Führung betraut sind; im andern Falle aber auch wir von vielen Zahlstellen, wo wir ein Mahnwort für angebracht hielten, stets keine Antwort bekamen.

Kollegen! In Zukunft muß dies besser werden. Wenn nun einmal die Gauleitungen die Agitation betreiben und Erfolg haben sollen, so müssen auch deren Anweisungen von den einzelnen Zahlstellen beachtet und nicht als nebensächlich betrachtet werden.

Zur Agitation wurden 14 Versammlungen mit Referenten besetzt, ferner fanden mehrere Besprechungen und eine Platzvertreterkonferenz der Granitgebiete Neudach, Grimma und Röhricht statt. Letztere entsprach leider nicht den Erwartungen, da es die Kollegen mit derartigen Sitzungen nicht ernst genug meinen und lieber ins Kartoffelfeld gehen, wie es der Fall war. Von dem Abhalten einer Gaufkonferenz haben wir abgesehen, erstens, weil im Gaustatut nichts vorgesehen ist und dann auch, weil wir eine solche nicht für absolut notwendig erachteten.

Wenn die Zahlstellenverwaltungen sich den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eingehend zu Gemüte ziehen und in fester Verbindung mit Gau- und Zentralleitung bleiben, damit diese zu jeder Zeit von der Lage unterrichtet sind, halten wir, wenn nicht etwas Außergewöhnliches vorliegt, eine Konferenz für weniger wichtig, in Anbetracht der beträchtlichen Kosten einer solchen. Wenn die Zahlstellen die ihnen durch Besichtigung einer derartigen Konferenz entstehenden Kosten der Gauleitung als Agitationsmittel zur Verfügung stellen würden, so könnte durch ein paar gut vorbereitete Versammlungen an verschiedenen Orten viel mehr erzielt werden, als durch eine Konferenz. Zur Rassenregelung und Fertigtellen der Quartalsabrechnungen wurde die Gauleitung in drei, zur Rassenrevision in einem Fall in Anspruch genommen. Außerdem wurde seitens der zu Versammlungen entsendeten Referenten bei dieser Gelegenheit öfters Einblick in die Rassenführung getan.

Lohnbewegungen stehen bis jetzt zwei im Aussicht. In Magdeburg und Greiz haben die Kollegen den Tarif gekündigt. Hoffentlich verstehen sie es, durch besonnenes und taktisches Vorgehen ihr Ziel zu erreichen, ohne ernstere Schritte unternehmen zu müssen.

Der Briefwechsel konnte seitens verschiedener Zahlstellen etwas reger sein. Die Korrespondenz belief sich auf ca. 80 Eingänge und 108 Ausgänge von Briefen und Karten und je einer Depesche.

Um nun einigermaßen einen Ueberblick zu gewinnen über den Erfolg des ganzen Jahres, haben wir an der Hand des Steinarbeiters festgesetzt, daß laut Quittung über 450 M. für Eintrittsmarken eingegangen und demnach ca. 900 Kollegen dem Verbande neu beigetreten sind. Wenn man nun auch annehmen muß, daß davon mindestens ein Drittel wieder fahnenflüchtig wird, so bleibt immer ein Resultat, mit dem wir zufrieden sein können. Aber das soll uns nicht abhalten, sondern ein neuer Ansporn sein, unermüdet an der Erweiterung und auch am inneren Ausbau unseres Verbandes mit tätig zu sein.

Aufgabe eines jeden Kollegen ist es aber, durch treueste Pflichterfüllung dahin zu wirken, daß wir am Schlusse dieses Jahres über ein bedeutend besseres Ergebnis berichten können.

J. A. der Gauleitung: Ludwig Geiß.

Rassenbericht für das 2. Halbjahr.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Nr.	Σ	Nr.	Σ
Verband vom vorigen Halbjahr	7 29	Kahrgeld u. Entschädigung	184 65
Beitrag (3 Prozent) aus der Hauptkasse	268 80	Porto, Depesche, Schreibmaterial	15 04
		Druckkosten und Inserate	25 80
		Lohnentgang	2 83
		Verwaltungsk., Sitzungen	12 —
		Kassenbestand fürs nächste Halbjahr	25 77
	276 09		276 09

Der Gaufasser: Richard Dippner.

Die Revisoren: Franz Reusch, Joseph Willmann.

Arbeitsordnung der Marmorfabrik von A. Ehler u. Co.

Die nachstehende, auf Grund der Gewerbeordnung, nach Anhörung der Arbeiter und Arbeiterinnen, erlassene Arbeitsordnung ist rechtskräftig für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und tritt zwei Wochen nach erfolgtem Aushang in Kraft.

§ 1. Arbeiter und Arbeiterinnen sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber oder sonst durch Aushang bekannt gemachten Vertreter Folge zu leisten. Jede Widersetzlichkeit und jeder Ungehorsam berechtigt zur sofortigen Entlassung, sofern keine Geldstrafe festgesetzt wird.

§ 2. Die Arbeitszeit beginnt für männliche Arbeiter in der Zeit

von 1. Januar	bis 15. Februar	um 8 Uhr morgens
16. Februar	28. "	7 1/2 "
1. März	31. März	7 "
1. April	30. September	6 "
1. Oktober	15. Oktober	6 1/2 "
16. "	15. November	7 "
16. November	30. "	7 1/2 "
1. Dezember	31. Dezember	8 "

für weibliche Arbeiter in der Zeit

von 1. April	bis 30. September	um 7 Uhr morgens
1. Oktober	31. März	8 "

Schlus der Arbeitszeit für männliche und weibliche Arbeiter täglich um 7 Uhr abends. Jeden Sonnabend dauert die Arbeitszeit bis 5 1/2 Uhr nachmittags, am Tage vor dem Weihnachtsfeste bis 11 resp. 12 Uhr mittags.

Pausen für Arbeiter:

Mittagspause 12—1 Uhr.	Vesperpause 4—4 1/2 Uhr.
Frühstückspause vom 16. März bis 30. September 8—8 1/2 Uhr.	
" " 1. Oktober " 30. November 8 1/2—9 "	
" " 1. Dezember " 15. Februar keine.	
" " 16. Februar " 15. März 8 1/2—9 "	

Pausen für Arbeiterinnen in der Zeit

von 1. April bis 30. September	von 1. Oktober bis 31. März
Frühstückspause 8—8 1/2 Uhr.	8 1/2—9 Uhr.
Mittagspause 11—11 1/2 "	11—11 1/2 "
Vesperpause 4—4 1/2 "	4—4 1/2 "

§ 3. In dringenden Fällen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichtet, nach Anordnung der Arbeitgeber über die festgesetzte Zeit hinaus zu arbeiten. Auch sind die Arbeitgeber berechtigt, die Arbeitszeit um eine oder mehrere Stunden zu verkürzen; in diesem Falle wird die Arbeitszeit durch Aushang bekannt gemacht.

§ 4. Die Kündigungsfrist ist beiderseits eine 14tägige und darf nur am Zahltag geschehen.

§ 5. Die Lohnzahlung geschieht jeden Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, für die bis einschließlich Donnerstags vorher gelieferte Arbeit, nachdem zuvor mündlich abgerechnet ist, in barem Gelde, nach Abzug der Kranken-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, sowie etwaiger Vorstrafen und Geldstrafen. Bis inklusive Donnerstag nicht fertig gestellte Arbeiten werden in der Regel nicht bezahlt, es kann jedoch darauf eine Abschlagszahlung bis zu 3 Mark für jeden bereits darauf verwendeten Tag gewährt werden.

§ 6. Jeder hat für seine geleistete Arbeit aufzukommen und bei mangelhafter Ausführung derselben die gehörige Nacharbeit zu liefern und entstehende Kosten zu tragen.

§ 7. Lohnarbeiter dürfen nur dann mit besonderer Erlaubnis Affordarbeitern Hilfe leisten, wenn die Kräfte der letzteren nicht ausreichen.

§ 8. Während der Arbeitszeit darf sich niemand ohne besondere Erlaubnis von der Arbeit entfernen oder gar die Fabrik verlassen.

§ 9. Mit Ausnahme der Frühstückzeit soll in der Regel kein Branntwein während der Arbeitszeit genossen werden, auch darf zu andern Tageszeiten heimlicherweise kein Branntwein in die Fabrik eingeschleppt werden.

§ 10. Trunkfälligkeit, sofern unter Umständen keine Rücksicht genommen oder Geldstrafe bewirkt wird, berechtigt zur sofortigen Entlassung.

§ 11. Jeder Streit der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrik oder auf dem Plage, sei es unter sich oder auch mit dritten Personen, ist auf das strengste untersagt. Sollte ein solcher Streit sogar in Schlägerei ausarten, haben die Beteiligten dies mit sofortiger Entlassung zu büßen, sofern keine Geldstrafe eintritt.

§ 12. Jeder Stein- und Marmorhauer hat über die empfangenen Gechirre zu quittieren.

§ 13. Arbeiter dürfen ohne Erlaubnis die Arbeitsräume der Arbeiterinnen nicht betreten.

§ 14. Wer bei der Lohnberechnung durch unwahre Angabe der Stück- oder Stundenzahl sich einen Vorteil zu verschaffen sucht, verfällt in eine Geldstrafe von 1 M.

§ 15. Ohne Entschuldigung darf niemand von der Arbeit fern bleiben.

§ 16. Arbeitsjüngende sind sofort nach dem Spätkort zu berufen und dürfen sich weder auf dem Plage noch in den Werkstätten aufhalten.

§ 17. Wer das Arbeitsverhältnis widerrechtlich auflöst, verliert einen durchschnittlichen Wochenlohn.

§ 18. Einstandsgeld haben zu leisten: Arbeiter 10 Mark, Arbeiterinnen 5 M.

§ 19. Verstöße gegen vorstehende Paragraphen werden mit Geldstrafen von 20 Pfg. bis 1 Mark geahndet, wenn nicht laut §§ 1, 10 und 11 die sofortige Entlassung eintritt. Die Geldstrafen werden durch die Arbeitgeber festgesetzt, dem resp. der Betroffenen ohne Verzug mündlich bekannt gegeben und bei der nächsten Lohnzahlung gekürzt.

§ 20. Die eingezogenen Strafgebühren sowie die verfallenen Einstandsgelder werden zum Besten der Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik verwendet. Ueber die jedesmalige Verwendung entscheidet eine Kommission, bestehend aus einem Arbeitgeber und drei Arbeitern und drei Arbeiterinnen, welche letztere sechs Personen durch einfache Stimmenmehrheit zu wählen sind.

Lüneburg, den 18. April 1892.

Rudolf Ehler & Komp.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 18. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Immanuel Kant — Unbewaffnete Revolution? Von Michael Kusnia. — Der Kampf um den Zehnstundentag in Crimmitschau. Von J. Geyer. — Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gustav Gastein. (Fortsetzung.) — Die Heimarbeit im Textilverweb.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 8. Jahrgang, Heft 4 und 5. Preis des Heftes 10 Pfg.

Das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, im Neudruck hergegeben. Das Bild ist auch diesmal auf gutem Kunstdruckarton, nach den neuesten Aufnahmen in vorzüglichem Druck hergegeben. An Stelle Göhres und des verstorbenen Genossen Hoffmann sind die in den Nachwahlen gewählten Genossen A. Hoffmann und D. Stücken aufgenommen. Die Kartongröße des Bildes ist 57 x 77 Zentimeter und ist ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim, Arbeitervereinslokal usw. Der Einzelpreis ist 60 Pfg., Porto 30 Pfg. Das Fraktionsbild ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben und wird von jedem Zeitungsträger besorgt.